

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich
einmal am Sonnabend.
Abonnement monatlich 25 Pf.
vierteljährlich 1,00 Mk. einschließlich
Ergänzung. In den Postämtern
monatlich 30 Pf. Durch die Post
bezogen monatlich 1,02 Mk.
einschließlich Postgebühren. Einzel-
nummern 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die Gelpaltene Zeile 25 Pf.
für auswärts 30 Pf., die zweipaltene
Kleinzeile 30 Pf. Anzeigen mit
Wohnungsangelegenheiten werden
besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: **Paradiesgasse Nr. 32**
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 36 Danzig, Sonnabend den 9. September 1916 7. Jahrgang

Krieg! Volk! Frieden!

Reichstagsabgeordneter Scheidemann in der Versammlung der 4000 in der Ostbahn zu Döhra

Wir haben für die am 1. September in der Ostbahn in Döhra veranstaltete Volksversammlung, in der Genosse Scheidemann über: Krieg, Volk und Frieden! sprechen sollte, wie wir das in der Nummer 34 zum Ausdruck brachten, starken Besuch erwartet. Das allgemeine Interesse lenkt sich sowohl auf dies Thema, wie auf den bekannten Politiker. Trotzdem waren wir über den massenhaften Andrang zu der Versammlung erstaunt. Gab es doch auch Hindernisse, die einem starken Besuch entgegenstanden und die es in gewissem Sinne fraglich machten, ob der riesige Saal so würde gefüllt werden können, wie es die Bedeutung der zu besprechenden Fragen notwendig machte. Es war schon bedenklich, daß das Etablissement zur Ostbahn eine Eisenbahnstation von Danzig entfernt liegt. Dann legte schon am Nachmittag fröhlicher Regen ein, der gerade während der Füllung des Lokals beharrlich andauerte. Die Versammlungsleitung hatte schon einige Tage vorher bei der Direktion der elektrischen Straßenbahn zur Vorsicht die Einstellung größerer und mehr Wagen nachgefragt. Die Direktion hatte leider mit der Berufung auf die zu kurzen Weichen und in letzter Zeit erfolgten Einberufungen des Personals jedes Entgegenkommen als unmöglich abgelehnt! Einige Zeit vor Beginn der Versammlung traten auf der Strecke Danzig—Döhra erhebliche Betriebsstörungen der Straßenbahn ein, dadurch wurde eine sehr großer Teil der Besucher gezwungen, den weiten Weg im Regen zu Fuß zu machen. Alle diese Hindernisse konnten jedoch die Versammlung nicht beeinträchtigen. Ganz Vorkriegszeit hatten sich schon um 6 1/2 Uhr eingefunden, um sich einen Platz zu sichern. Gegen 7 1/2 Uhr mußten die wenigen letzten Tische auch noch aufgestellt werden. Von da ab füllte ein wogendes Meer von Köpfen den Saal bis in die letzten Ecken. Auch nicht ein Plätzchen war im Saal, in den Vorräumen und in der geräumigen Tribüne frei geblieben. Überall drängten sich die Menschen in wirklich fürchterlicher Enge. Ein größerer Teil suchte im Garten etwas zu hören. Viele Hunderte mußten von 8 Uhr ab umkehren, weil es für sie nicht die geringste Möglichkeit gab, irgendwie unterzukommen. Im Saale, den Nebenträumen und den nächstliegenden Teilen des Gartens sind sicher 4000 Besucher anwesend gewesen. Eine ähnlich riesige Versammlung dürfte Danzig wohl noch nie gesehen haben. Die Szenen, die sich auf dem Kohlenmarkt bis zum Bahnhof, wo Hunderte vergeblich auf die Elektrische zu kommen suchten, abspielten, waren nicht gerade erhebernd. Für jeden in Danzig tätigen Parteigenossen, der den langsamen Fortgang der sozialistischen Bewegung aus eigener Erfahrung kennt, war dieser Abend ein Ereignis des Stolzes und der Freude. Die Sozialdemokratie hatte gerufen und in ungezählten Scharen kamen die Arbeiter und auch Bürgerliche zu der einst geschätzten Partei, um von ihrem Redner zu hören, was sie über das Schicksal ihres Volkes wissen wollten. In der Versammlung war das bürgerliche Element jedoch nicht auffällig stark vertreten. In der großen Masse waren es Arbeiter, die den riesigen Saal füllten. Die sozialdemokratische Bewegung Danzigs hat von jeder in jeder Hinsicht proletarischen Charakter getragen. Dies bekräftigte diese Versammlung in überwältigender Anschaulichkeit. Die Versammlung folgte Scheidemann mit musterwürdiger Aufmerksamkeit. Nur ein einzigesmal mußte der Vorsitzende, Genosse Gehl, um Ruhe mahnen, als die Entrüstung über einen unfreundlichen Zwischenruf etwas stark protestierte. Scheidemann mußte die Tausende ohne rhetorische Ausschmüclungen zu fesseln. Er ließ in sachlicher schlichter Darstellung die Kraft der Gründe und die Wichtigkeit der Tatsachen sprechen, als er nachwies, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führt und sein Volk zum Sklaven der verbündeten Feinde werden müßte, wenn es einen Frieden um jeden Preis eingehen würde. Um so wertvoller wurde unter diesen Umständen die Bedeutung der Versammlung als Vertrauenskundgebung für den Redner und die Politik der von ihm vertretenen Reichstagsfraktion. Mit aller sachlichen Kraft und der notwendigen Schärfe des Ausdrucks wendete der Führer unserer Reichstagsfraktion sich gegen die Eroberungspolitik und die falschen Propheten der Eroberungsabsicht. Er geißelte den Lebensmittelwucher und forderte von der Regierung eine rücksichtslose Bekämpfung. Und immer fand Scheidemann freudige Zustimmung der erdrückenden Mehrheit seiner Hörer. Wohl machte sich auch am Beginn einiger Widerspruch geltend. Wenn wir über die Zwischenrufe durch die er zum Ausdruck kam, nicht eingehender berichten, so geschieht dies vorwiegend deshalb, weil es geistig gar zu tief stand, was von zwei oder drei Stellen ziemlich schüchtern in den Saal gerufen wurde.

Die Rufer mochten angesichts dieser Riesendemonstration wohl selber ahnen, wie stark ihr Verhalten mit der Bedeutung dieser Versammlung in Widerspruch stand und wie sehr es zu dem Empfinden der großen Masse der Anwesenden im Gegensatz stand. Als Scheidemann davon sprach, daß die Eroberungspolitik nicht ihr Blut in dem Schützengraben, sondern nur wohlgeschützt die Lunte zu Hause verpflanze, wurde ihm zugeworfen: Wie Herr Scheidemann! Wir wollen nicht persönlich werden und unterlassen daher die Andeutung des Namens des Zwischenrufers. Scheidemann hatte aber die ganze Versammlung auf seiner Seite, als er kühl erklärte: Es werde kein verständiger Mensch erwarten, daß er auf so dummes Gerede eingehe. Den von Scheidemann mit gutem Humor abgeführten „Mann hinter dem Ofen“ erwähnen wir nur wegen der allgemeinen Heiterkeit, die er zu erregen vermochte. Er rief, ehe er noch überhaupt gehört hatte, was Scheidemann meinte, daß er sich nicht — gefreut habe. Trotz der beschämenden Kleinlichkeit, die hierdurch zum Ausdruck kam, aber vielleicht gerade deswegen verdient dieser Einwurf besondere Beachtung. Weitere Störungen traten nicht hervor. Mit starkem Beifall unterstrich die Versammlung, mitunter in instinktiver Aufwallung, einzelne Ausführungen Scheidemanns. Stürmischer Beifall und Handklatchen dankte ihm zum Schluß. Eine Debatte war, wie wohl überall in Deutschland, unter dem Besatzungsstande nicht genehmigt worden. Genosse Gehl machte nach der Verlesung der Resolution aber ausdrückliche darauf aufmerksam, daß jeder, der abweichender Meinung sei, gegen sie stimmen könne. Trotz ausdrücklicher Gegenprobe erhob sich aber nur eine einzige Hand zum Widerspruch! So bewies die Abstimmung, daß Danzigs Arbeiterschaft mit der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie für die Verteidigung unseres Volkes, seiner Heimat und seiner Kultur einsteht und für einseitige Abwege nicht zu haben ist.

Genosse Scheidemann

führte im wesentlichen aus: Seit zwei Jahren durchlebt Deutschland Zeiten, wie sie noch keinem Volk befallen waren. Die Zahl der Mütter und Frauen, die um Männer und Söhne trauern, geht in die Hunderttausende. Wir haben keine Ahnung, wie groß die Zahl derer ist, die als Opfer des Krieges nach Hause kommen werden, ohne an die gewohnte Arbeit gehen zu können. Niemand weiß, wie große Kulturgüter vernichtet sind. Wenn Deutschland der ungeheuren Uebermacht gegenüber zusammenbrechen würde, so wäre das kein Wunder. Es würde dann in der Geschichte weiterleben als das Volk, das Opfer brachte, wie sie noch kein Volk der Weltgeschichte gebracht hat. Es wird aber nicht zusammenbrechen, weil es nicht zusammenbrechen darf. Würde es anders kommen, so würde eine Niederlage bedeuten, daß die Kriegsnut zum dauernden Elend würde. Wenn die Ziele der Feinde auch nur zum Teil in Erfüllung gingen, so würde der deutsche Handel und die Industrie so gut wie zertrümmert. Dadurch würden auch Deutschlands Arbeiter aufs schwerste getroffen. Wir wollen nicht zusammenbrechen, weil es unseres Volkes und Landes wegen nicht sein darf. Zweierlei ist dazu aber vor allem notwendig: Daß unserm Volke das Brot, im weitesten Sinne der Ernährung und der Erhaltung, gesichert wird.

Ein Kampf, der siegreich enden sollte, sei nicht möglich, wenn die Empörung wegen des Lebensmittelwuchers zur allgemeinen Empörung treibe. Hier müsse er ein erstes Wort den Behörden und der Reichsregierung sagen. In einer so großen Massenversammlung könne er nicht alle Einzelheiten der Ernährungsfragen eingehend besprechen. Sagen müsse er aber der Regierung: Es ist die höchste Zeit, sonst wird es für das Volk unentzählich! Es brauche aber nicht unentzählich zu werden. Gewiß sei nicht alles an Lebensmitteln in genügender Menge da. England führe den Krieg in der Hauptsache gegen unsere Frauen und Kinder, damit durch sie die Männer entmutigt werden sollen. England sperre uns brutal gegen die Einfuhr von Lebensmitteln von außen ab. Dafür könne unsere Regierung nicht. Aber die Nahrungsmittel, die wir im Lande haben, sollten nicht bewahrt werden. Die diesjährige Ernte gehe über die vorjährige weit hinaus. Der gute Ertrag an Futtermitteln lasse uns so viel mehr menschliche Nahrungsmittel, als wir im vorigen Jahre von Rumänien holen mußten. Der Viehstand bessere sich. Die Obst-ernte sei reich. Trotzdem müßten wir Wucherpreise zahlen. (Stürmischer Beifall.) Das müßte gegen die Regierung zum Ausdruck gebracht werden. Er lehne es ab, hieraus in demagogischer Weise für seine Partei Kapital zu schlagen. Befragt müsse es aber mit aller Deutlichkeit werden. Wenn unsere Soldaten, die an Laten und Entbehrungen unendlich mehr leisteten, als je in der Weltgeschichte geschehen sei, ebenso zaghaft vorgehen würden, wie die Regierung gegen den Lebensmittelwucher, so hätten wir längst die Feinde im

Bande. Wir könnten vor unseren tapferen Soldaten den Hut gar nicht tief genug ziehen. (Starke Zustimmung.) Weiter müsse das Volk der Ueberzeugung bleiben, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg bleibe. Für einen verständigen Menschen erscheine es unsäglich, jezt in Deutschland wo wir gegen eine vielfache Uebermacht kämpfen müßten, von Eroberungen zu sprechen. Es war dummes Geschwätz, als am Anfang des Krieges behauptet wurde, daß die Ausrüstung der feindlichen Soldaten mangelhaft und unzureichend gewesen wäre. Das alberne Gerede von den Domestikeln der Franzosen und den Sandgranaten der Russen jezt nur das Helbenium unserer Truppen herab. Wir müssen, daß unsere Feinde, auch weil sie lange vorbereitet waren, glänzend ausgerüstet waren. Großen Schaden richteten auch die Eroberungspläne meist unberufener Politiker in Deutschland an. Durch sie wurde die Kriegsstimmung im Auslande gefördert. Bekannt seien die Forderungen der sechs großen Wirtschaftsverbände. Das Unsinnigste sei die Forderung des Nationalliberalen Bassermann, daß wir überall bleiben müßten, wo ein Tropfen deutschen Blutes vergossen sei. Das Unsinnigste dieses Geredes zeige schon die Lage auf dem Balkan. Solche Absichten würden von Leuten vertreten, die nicht im Schützengraben ihr Blut, sondern nur am geschäftlichen Schreibtisch ihre Lunte verpflanzten. — Nachdem Scheidemann sich gegen den in der Einleitung erwähnten törichten Zwischenruf gewendet, fuhr er fort: Diese Anschauungen der Eroberungspolitik würden aber nicht von der Regierung vertreten. Der Kanzler habe bereits öftmal seine Bereitschaft zum Abschluß eines für Deutschland ehrenvollen Friedens erklärt. Wir müßten allerdings fordern, daß Bethmann Hollweg noch eindeutiger, zur Zerstreung aller Einwände, ausspreche, daß Deutschland keine fremden Völker unterjochen wolle. Zum Friedensschlusse gehörten aber immer zwei. Aus dem Auslande hätte der Kanzler aber ein schlechtes Echo bekommen. Nicht einmal neutrale Staatsmänner hätten sich nicht immer mit dem wünschenswerten Nachdruck um die Herbeiführung des Friedens bemüht. Durch die leitenden Staatsmänner der Feinde, wie Asquith, Poincaré und Sazanow sei die Erklärung des Reichskanzlers zur Friedensbereitschaft nur verhöhnt worden. In Reden und Aufzügen hätten sie erklärt, daß sie gar nicht an Frieden dächten, daß in Deutschland soviel vom Frieden gesprochen würde, beweiße nur, daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. Es gäbe sehr praktisch gemeinte englische Friedensziele, die viel verrückter als die theoretischen der sechs deutschen Verbände seien. England wolle im vollen Ernst, daß die Bodenbesitze im Westen Deutschlands abgetrennt werden sollten. Die Politiker des feindlichen Auslandes forderten, daß Elsaß-Lothringen, das doch zu neunzehnteln deutschsprechendes Land sei, an Frankreich fallen solle. Sie wollten, daß die Grenze für Frankreich und Litauen noch strategisch verbessert würde, und daß der russische Appetit mit Einschluß von Danzig befriedigt werde. Was ein feindlicher Sieg für Deutschland bedeuten würde, bewiesen amtliche Ausführungen des englischen Handelsministers Runciman und die Beschlüsse der gemeinsamen Pariser Wirtschaftskonferenz. Nach diesen solle der Wirtschaftskrieg auch nach Friedensschlusse fortgesetzt werden. Letztlich solle keine Kriegskarte ausliefern und die Handelsflotte den Feinden als Entschädigung übergeben. Ein deutscher Weltmarkt solle unmöglich gemacht werden. Wenn diese Ziele erfüllt würden, müßte Deutschland zum Bettelvolk Europas werden. Es würde nur die Existenz eines politischen Krähwinkels führen können. Vor dem Kriege habe der deutsche Ueberseehandel in Ein- und Ausfuhr 25 Milliarden Mark betragen. Seine Vernichtung würde Hunderttausenden deutscher Arbeiter die Existenz nehmen. Die Feinde forderten, daß Belgien auf Kosten Deutschlands wieder aufgebaut werden müsse. Was es bedeuten würde, wenn Deutschland nach dem Kriege neben diesen eigenen Kosten aufbringen solle, sei gar nicht auszudenken. Deutschland würde ein Hof von Sklaven der übrigen Mächte werden. Es ist nun gesagt worden, der Reichskanzler habe bedeutliche Versicherungen getan. Er habe in einer Rede gesagt, er sei zum Frieden auf einer Grundlage bereit, die die Kriegslage zeige. Es wird behauptet, er habe damit gesagt, daß er alles behalten wolle, was auf den Karten von uns besetzt sei. So redeten auch Leute, die in der Arbeiterschaft mit der Politik des Redners nicht einverstanden seien. Man frage, ob die deutschen Truppen das Vaterland in Frankreich, am Balkan oder in Rußland verteidigten? So könnten nur politische Abwärtler reden, die es leider überall gäbe. Der Krieg könne doch nicht so geführt werden, daß die Soldaten sich auf der Grenzlinie beschleifen. Es sei Pflicht des Heerführers den Krieg, wenn er einmal ausgebrochen sei, ins fremde Land zu tragen. Wenn unsere Truppen nicht im Auslande ständen, so würde der Feind in unserm Lande stehen. (Starker Beifall.) Wer anderer Meinung sei, dem solle man mit einem Zwangsbillet nach Ostpreußen schicken, damit er das dort durch den russischen Einfall sehen könne. Dann würde er wissen, wie es

Bollsernahrung

Eine Zusammenfassung von Jagdpachtgebühren beweist, wie sehr die Fleischknappheit bei diesen Objekten die Lust zum Aufbieten gesteigert hat.

Table with 3 columns: Gemeinde, früherer Pachtpreis, heute. Lists prices for Berlin, Sengerich, Wert, Trommert, Beerlage, Irma.

Hier ist es bei einer Steigerung von 30 und 100 Prozent nicht mehr geblieben: es sind im Aufgebot wahre Kriegsprünge erreicht worden.

Warum die Seefische teurer sind! Während die im Frieden alligsten Seefischsorten wie Schellfisch und Kabeljau jetzt einen doppelt bis dreifach höheren Preis erreicht haben...

„Stiefelappell“. Beim Kriegsmacher-Dezernat des Polizeipräsidenten in Berlin gingen wiederholt Klagen ein, daß im Schuhwaarenhandel nicht alles in Ordnung sei.

Danziger Nachrichten

Eröffnung des Stadttheaters

Nach vollendetem Umbau wird das Stadttheater am Sonnabend, den 16. September, mit Basantafena eröffnet werden.

Ueber die durchgreifenden Veränderungen, die speziell den Aufenthalt auf der Galerie und dem Amphitheater wesentlich verbesserten, konnten wir uns schon zustimmend äußern.

Das Schauspiel Basantafena ist nach dem indischen Original des Königs Sudrata (5. bis 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung) von Lion Feuchtwanger-München in drei Akten - sieben Bildern - frei bearbeitet.

Deutsche Kriegsausstellung Danzig 1916 - Sporthalle Große Allee

Die Direktion der Straßenbahn hat es abgelehnt, die Haltestelle Leislerstraße bis zur Ausstellung zu verlegen.

Die historische Abteilung, die der Ausstellung angegliedert sein wird, ist von ziemlich beträchtlichem Umfange und von interessantem Inhalt.

Diese Abteilung, die zum ersten Male in der Öffentlichkeit gezeigt wird, ist Privatbesitz des Schiffbau-Ingenieurs Eugen B. Janßen in Danzig.

Unsere Notiz in der letzten Nummer über die Gleichgültigkeit der Geschäftsleute gegenüber dem wirklich wohlthätigen Zweck der Ausstellung ist in einer Angabe irrig ausgefallen.

Geschäften des Langen Marktes und der Banggasse zusammen nur sechs Plätze! Die meisten lebten aber noch in den leersten Fenstern des früheren Warenhauses Edelstein.

Die Eröffnung erfolgt bestimmt am Sonnabend, den 9. September.

Im Wintergarten

wird das Interesse jetzt vorwiegend durch die Ringkämpfe gesteigert. Der übrige Teil des Programms verdient aber volle Beachtung.

Zum Kleider-Bezugschein

Der Magistrat hat bekanntlich die Prüfung bei Beschaffung neuer Kleider in der hauptache den Bezirksvorstehern und Arbeitgebern übertragen.

Einmal wird die Stunde kommen...

Und einmal doch wird eine Stunde kommen und es wird sein, wie's immer war, als ob in Tränen alles fortgeschwommen...

Ja, einmal werden, wie in fernem Tagen, Jugend und Mannheit in der Sonne strahlen, und müssen nicht mehr ihre Herzen tragen...

Und einmal doch wird eine Stunde kommen, da auch die Sänger wieder Dichter sind, und vieles jagt wie Staub und Dank der Wind...

O einmal, wähet's auch noch so lang, einmal wird diese Stunde kommen...

Julius Zerjap.

Ausbeutung Kriegsbeschädigter

Wir entnehmen dieses Kapitel dem soeben erschienenen Buche „Schwindel und Wucher im Kriege“ von Hermann Fuchs.

Viele unserer heimkehrenden Helden werden zunächst einer Erholungszeit bedürfen, um nach den überstandenen Strapazen neue Kräfte zu sammeln.

Auf diesen Zeitpunkt warten die Ausbeuter der Stillsichtigkeit schon jetzt mit großer Sehnsucht, ja hier und dort, besonders durch Zeitungsangebote und Druckanzeigen werden schon jetzt fast täglich Kriegsverletzte, Kriegertraven und -witwen hohe Verdienstmöglichkeiten in schmachhafter Weise in Aussicht gestellt.

Ein löhrender Verdienst ist wegen der viel zu niedrigen Bezahlung überhaupt ausgeschlossen. Mit Absicht wenden sich die betrügerischen Unternehmungen gerade an die Krieger und deren Angehörige.

Person des Vertragsgegners und über die angebotene Sache verschafft hat.

Da heißt es bezwecken vorzubeugen, alle diejenigen, die gezwungen sind, sich dem Verdienst umzusehen, zu warnen, ihre Grobheiten gewissenlosen Ausbeutern zu opfern.

Beherrigenswerte Mahnung. Der „Reichsbote“ veröffentlicht als „Ernstes Wort über unsere Siegesfeier“ die Zuschrift eines Kriegsfreiwilligen aus dem Felde.

Wenige Wochen später lag ich selber im Trommelfeuer vor Verdun. Da tauchten die Erlebnisse wieder vor meinem geistigen Auge auf.

ein Bräutigam, die diesen Namen wirklich verdient, wohl haben? Dagegen ist uns schon von mehreren Seiten über die anderen baren Ausstellungen anderer dieser Präfekt, die den... der Arbeiter weiß nicht lesen, liegen, berichtet worden. Sie haben mir uns ja über die Aufnahme unserer Anregung im Rathaus keine ausschweifenden Hoffnungen gemacht. Gerade weil sie so unbedingt notwendig für sich selber sprach, war ihr Schicksal nicht zweifelhaft. Schließlich hoffen wir aber hoch, daß man sie wenigstens einer — Ermüdung wert halten würde. Schließlich ist doch auch die Arbeiterkassette nicht des Magistrats wegen da. Sie kann durchaus die billige Verwirklichung ihrer Wünsche für sich fordern! Nun ist aber bereits ein Monat verstrichen. Im Rathaus rührt sich aber in dieser Hinsicht nicht! Im dem Vorrecht der Arbeitgeber und Bezirks-Armenovorsteher, abgesehen von den genannten Ausnahmen, noch immer nicht geändert. Dabei bestätigt die praktische Erfahrung durchaus die Befürchtungen unseres Fachmannes. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen macht darauf aufmerksam, wie schädlich es zum Beispiel ist, daß die Bezugspreise in den Bekleidungsgeheimnissen zu haben sind. Deren Inhaber und Angestellte pflegten den Kaufkraften zunächst teurere freie Ware vorzuziehen und mit den bekannten Risiken darauf hinzuwirken, was bei willensschwachen Käufern nicht zu schwer fällt, daß sie auch gekauft werde. Auf diesen Umstand haben wir ebenfalls schon hingewiesen. Er beweist allein schon, wie notwendig es ist, das gesamte Prüfungs- und Bescheinigungsverfahren den direkt und indirekt Interessierten zu eröffnen! Dazu hilft aber nur die Beteiligung der Gewerkschaften! Die grundsätzliche Abneigung gegen die Arbeiterorganisationen, die im hiesigen Rathaus besteht, darf nicht dazu führen, daß die ärmeren Käufer auch noch grundlos überfordert werden. Bleiben die Verhältnisse, wie sie sind, so tragen daran nicht die Händler, sondern einzig und allein die Stadtverwaltung die Schuld!

Vollswacht und Jagdhofs-Buchhandlung.

Diese Nummer ist die erste, die auch in der Buchhandlung des Danziger Hauptbahnhofs käuflich zu haben sein wird. Der Preis für die Einzelnummer ist bekanntlich 10 Hg. Diejenigen, die aus manchen Gründen unser Blatt nicht auf anderen Wegen erhalten können, erhalten hierdurch eine günstige Gelegenheit, sich in seinen Besitz zu setzen. Der Verkauf der neuen Nummer beginnt dort stets am Sonnabend früh.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Die — nach der heutigen Anzeige — am Montag, den 11. September, im Bürgergarten stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung soll sich mit den Stadtverordnetenwahlen und vor allem der Reichskonferenz der Partei beschäftigen und einen Vertreter für diese wählen. Besonders dieser Punkt ist außerordentlich wichtig und fordert die tätige Anteilnahme aller Genossen. Die Reichskonferenz wird für das Schicksal der Partei von größter Bedeutung sein. Sie soll in unserer wahrhaft ehrenwerten Zeit Entscheidungen treffen, deren Tragweite sich noch gar nicht übersehen läßt. Trägt sie naturgemäß auch nicht den Charakter eines Parteitag, so werden ihre Beschlüsse, gleichviel in welcher Form sie erfolgen, für jeden Genossen, der mit heißer Überzeugung an der Arbeiterbewegung hängt, maßgebend sein. Die Entscheidungen der Konferenz können zur Schicksalswende der Sozialdemokratie werden! Für keinen Parteitag werden sie von größerer Bedeutung sein als für unser Danzig, in dem mit viel schwereren Opfern als anderwärts für den Sozialismus gekämpft worden ist, und das nicht erst für ihn erobert werden soll. Möge sich daher jede Genossin und jeder Genosse in des Ernstes und der Bedeutung der Entscheidung bewußt sein. Wie die Danziger Arbeiterkassette über die uns jetzt bewegenden Fragen denkt, das hat sie durch die impulsive Scheidemann-Versammlung und die dort so gut wie einstimmig angenommene Entschließung gezeigt. Deshalb darf kein Genosse und keine Genossin die sich des bedeutungsschweren Ernstes der Stunde bewußt sind, der Versammlung fernbleiben!

Zur Stadtverordnetenwahl

Sie haben schon in der letzten Nummer mitgeteilt, daß die Wählerlisten vom 1. bis 13. September Welterstadt 35 39 1 Treppe leider nur wochentags von 8 bis 2 und 3 bis 4 Uhr für jedermann zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen die Richtigkeit können auch nur innerhalb dieser Frist und nur schriftlich oder zu Protokoll eingeleitet werden. Es ist bedauerlich, daß die Auslegung nur auch am Sonntag gefallen ist. Gerade unter den jetzigen Verhältnissen ist die Einsichtnahme am Sonntage die große Hilfe der Arbeiterkassette ganz un-möglich. Es wäre wünschenswert, daß noch eine Veränderung erfolgt. In die Liste muß als Wähler aufgenommen werden, wer mindestens 25 Jahre alt ist, 660 Mark versteuert und länger als ein Jahr im Bezirk der Stadt Danzig wohnt.

Die Parteistellung und der Ausschluß des Gemeindegewaltenteilens haben beschloffen, die Einsicht der Wählerliste zu empfehlen. Jeder Wahlberechtigter Arbeiter hat das dringende Interesse, sich davon zu überzeugen, ob er auch in der Wählerliste steht. Es ist gefällig, daß ein Wähler die Liste für seine Kollegen durchsieht. Der Einspruch muß aber nicht von dem Beteiligten selber veranlaßt werden. Wenn Arbeiter sollte die Gelegenheit haben, sich dem Ausschluß zu widersetzen, verhandeln.

Wir haben es hier ausgesprochen, daß der Magistrat die Karten der letzten Abteilung an einem anderen Tage als an einem Sonntag ausstellen läßt. Auf alle Fälle beginne wir darum ausdrücklich, daß die Sonntagswahl, die für viele Arbeiter allein in Frage kommt, auch wirklich festgelegt wird.

25 Jahre Zimmererverband.

Am 17. September besteht die Danziger Zählstelle des Gewerkschaftsverbandes der Zimmerer Deutschlands volle 25 Jahre. Der Verband legt nach drei Quartalen, an die der Stützpunkt Danzig und die schönsten Erfolge von in Reich und

Es mag einer längeren Zeit vorbehalten bleiben, die Geschichte der Danziger Zimmererorganisation zu schreiben. Ihre Vertreter waren ohne Anerkennung davon erzählt, daß die Danziger Zimmerer zu den Vorkämpfern auf gewerkschaftlichem Gebiet gehören. Sie haben die ersten und schwersten Kämpfe geführt und tapfer ihren Mann gestanden. Der Krieg hatte die zum Schluß des ersten Halbjahres 1916 schon 440 organisierte Zimmerer ins Feld gerufen. Von ihnen sind bereits 12 gefallen. Zwei der toten Kameraden, Fritz Cornelsen und Karl Koriak, gehörten dem Vorstande an. In diesem ersten Halbjahre hatte die Zählstelle für die Hauptkassette noch eine Einnahme von 3387,70 Mark und außerdem noch für die Lokalkasse von 1889,59 Mark. Die Lokalkasse besitzt einen Bestand von 666,02 Mark. Im zweiten Quartal 1916 wurden an die Kriegerfrauen der Organisation 2243 Mark Unterstützung gezahlt. Es gelang der Zählstelle, die nach dem Tarif erst vom 1. Juli zu zahlende Lohnzulage von 3 Bfg. pro Stunde bereits vom 1. Juni zu erhalten. Nur die Firma Knaal-Oliva verweigerte dies Entgegenkommen mit der Begründung, daß sie die Zulage von der Kaiserlichen Werft auch erst vom 1. Juli bekomme. So hat auch der Krieg den Zimmerern den unerlässlichen Wert ihrer erprobten Organisation gelehrt. Ihr immer kräftigerer Ausbau wird für die Zeit nach dem Kriege mehr denn je eine Notwendigkeit sein.

Warensucher.

Unter dieser Überschrift besprachen wir in der letzten Nummer die Verurteilung des Großhändlers Albert Land wegen übermäßigen Gewinnes zu 150 Mark Geldstrafe. Beim Vergleich dieser Strafe mit dem beim Verkauf von zwei Zentnern Bleichsoda erzielten Gewinn ließ der böse Druckfehler nur 13 Mark Profit herauskommen. So billig machte Land es aber leider nicht. Sein Gewinn betrug tatsächlich 138 Mark. Nun ist das Mißverhältnis, das aufmerksame Leser wohl schon selber richtiggestellt haben, ohne weiteres zu ersehen.

Die Pflicht

als Parteigenosse sollte es jedem sagen, daß er sein Parteiorgan überall zur Insertion und zum Abonnement immer und immer wieder empfiehlt und so sich selbst und der Partei Nutzen bringt.

Geh. Kommerzienrat Richard Damme

ist am 2. September, fast 90 Jahre alt, gestorben. Er trug die Würde eines Danziger Ehrenbürgers. Die neuesten Nachrichten wissen von ihm zu erzählen, daß er schon im Sturmjahre 1848 in der Weise politisch hervortrat, daß er im hiesigen Konstitutionellen Verein den einflussreichen „Volkstribünen“ Ducht bekämpfte. Der Verein war nur gut bürgerlich-liberal. Man kann somit leicht auf den Standpunkt Dammes schließen. Er soll zeitweilig Schüler einer Volksschule gewesen sein und es dann zum Großkaufmann, wie es so heißt, gebracht zu haben. Wer das wirtschaftliche Gefüge unserer Gesellschaftsordnung genauer kennt, der weiß, daß persönliche Tüchtigkeit bei weitem nicht zu einem solchen Aufstieg genügt. Der Name Damme machte sich in dieser Beziehung vor einigen Jahren in der Stadtverordnetenversammlung bemerkbar. Der Sohn des Verstorbenen erhob gelegentlich eines sozialdemokratischen Antrages gegen die Feststellung Widerspruch, daß die wenigen Steuerzahler der ersten Klasse von der großen Masse der dritten Klasse vorzuziehen hätten. Er behauptete, daß das Gegenteil richtig sei. Vor einer gründlichen Betrachtung der Verhältnisse kann seine Meinung aber nicht bestehen.

In einem Nachruf für den Verstorbenen macht Dr. Fehrmann, der Syndikus des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft, in der Danziger Zeitung vom 4. September, Nr. 414, eine Bemerkung, die auch für andere Fälle recht lehrreich ist. Er schreibt, Damme berief sich für die Notwendigkeit kräftigen und rücksichtslosen Vorwärtstrebens gern auf seinen Freund, Oberbürgermeister von Winter. Er sprach oft mit Behagen davon, wie er mit diesem zusammen die Pestplagen von den Ohren der Pfaffen geschlagen, die den Tausend und andere Krankheiten, die früher als Folge der schlechten gesundheitlichen Einrichtungen in Danzig herrschten, für eine gottgewollte Einrichtung ansehen und sich ihrer Beseitigung entgegenstemmen.

Die Behauptung der gottgewollten Einrichtung spielt bekanntlich auch jetzt speziell im Kampf um soziale Fortschritt noch eine bedeutende Rolle und nicht zuletzt in der lauzigen Großstadt Danzig bei Leuten, die sonst mit Damme übereinstimmen.

Vollstrecker für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Die unter diesem Namen vom 1. bis 7. Juli erfolgte Sammlung hat, nach der Bekanntmachung in dieser Nummer, die allen Gebem öffentlich dankt, in Danzig insgesamt 35 825 79 Mark ergeben.

Drama einer Kriegerfrau.

Am 3. September, abends gegen 9 Uhr, hat die Frau des im Felde stehenden Soldaten Klamitzki an der Kaiserbrücke den Tod in der Klause gesucht und selber auch gefunden. Es gelang nicht, die erst 30jährige Frau zu retten. Dieser war zu frühe Abschied eines Familienlebens sollte in keiner düsternen Tragik anders und mitleidender behandelt werden, als es zum Beispiel durch die neuesten Nachrichten geschieht. In einer Sprache, die der geringsten Rücksicht entbehrt und auf die trauernden Angehörigen geradezu tobend wirken muß, äußert sich das Herz des aus viel weniger schwerwiegenden Anlässen sehr warme Töne zu finden weiß, lagat gewöhnlich am 6. und 7. September, zu dem überaus traurigen Fall. Diese Befragung der Häterin ist noch mehr zu bedauern, wenn sich bestätigt, was uns über ihre Gründe

unerschütterlich geblieben ist. Frau M. soll schon seit längerer Zeit aus Sorge um ihre Existenz und das Wohl ihres Mannes schwer gemütskrank gewesen sein. Deshalb ist ihr vor 5 Wochen von den Angehörigen der fünfjährige einzige Sohn abgenommen worden. Ihr kranker Zustand erlaube es ihr nicht, sich die Unterstützung der Kriegshilfe seit etwa 8 Wochen abzuholen. Von dieser Stelle hat man nicht nachgefragt, weshalb die Frau ausblieb. An dem Tage, an dem sie in das ewige Dunkel schritt, war sie so schwer krank, daß ihre Angehörigen einen Arzt suchten, um sie ins Krankenhaus zu bringen. Dr. Juraszki soll diesem Ersuchen jedoch nicht gefolgt sein. Bis gegen 6 Uhr abends war er nicht zur Hilfeleistung erschienen und um 8 Uhr suchte und fand die Bequäme die letzte Erquickung. Von dem gleichen Arzt wurde ein ähnliches Verhalten vor einiger Zeit behauptet und selber nicht bestritten. Wir wünschen trotzdem, daß jetzt eine Widerlegung möglichst wäre. Die betagte Mutter der toten Kriegerfrau soll Schwierigkeiten wegen der Beerdigung weil sie arm ist, gehabt haben. In der Kriegshilfe soll sie von einer Dame, angeblich Fräulein v. G., die Antwort erhalten haben, daß die Kriegshilfe nur 6 Mark zur Beerdigung geben könne; weiter 6 Mark zähle der Magistrat. Die Mutter befürchtet nun, daß ihr unglückliches Kind auf dem Armenwege nach Sasse gebracht werden könnte. — Uns ist der Gedanke unerträglich, daß dies Drama der Kriegerfrau den befürchteten Abschluß erhalten könnte. Deshalb halten wir ihn für vollständig unmöglich. Die Stadtverwaltung darf es endlich ihrer Ehre wegen nicht dulden, daß Angehörige unserer Helden in einer Weise die letzte Ruhe finden, die vom Volksgefühl abgelehnt wird. Wir hoffen, uns zu der in vieler Hinsicht bemerkenswerten Angelegenheit noch in der nächsten Nummer äußern zu können.

Die Angehörigen „Bermisler“ und die Familienunterstützung. Darf den Hinterbliebenen vermilter Mannschaften, denen schon vor der Todeserklärung das gesetzliche Witwen- und Waisengeld oder die Kriegsunterstützung gezahlt wurden, ebenso wie den Angehörigen Gefallener die Familienunterstützung entzogen werden? Diese Frage wird in einer soeben erlassenen Verfügung des Reichsamts des Innern in bejahendem Sinne beantwortet. Es heißt in dieser Verfügung: Werden den Angehörigen Verschollener schon vor deren Todeserklärung Hinterbliebenenbezüge bewilligt, so sind ihnen die Familienunterstützungen in vollem Umfange einschließlich der etwa über die Mindestsätze hinausgezählten Beträge nur für den Zeitraum von drei Monaten vom Tage des Bezuges der Hinterbliebenengebühnisse zu belassen, die über drei Monate hinaus etwa gewährten Familienunterstützungen aber von den Hinterbliebenenbezügen einzubehalten.

Geldforderungen an Kriegsgefangene in der Schweiz. Wegen der Schwierigkeiten bei der Umwechslung ist es nicht ratsam, Geldbeträge an die in der Schweiz internierten deutschen Soldaten in deutschem Papiergeld durch Brief nach der Schweiz zu senden. Am besten werden Geldbeträge nach der Schweiz mit Postanweisungen oder durch Vermittlung eines Bankhauses gesandt. Dann erfolgt ohne weiteres die Umrechnung der Beträge zu festgelegtem Kurs, und der Empfänger hat gleich schweizerisches Geld in Händen, womit er seine Einkäufe besorgen kann, ohne erst eine Gelegenheit zum Umwechslern seines deutschen Geldes suchen zu müssen.

Gemeinnütziger Wohnungsbau.

In Königsberg ist eine gemeinnützige Wohnstättengesellschaft gegründet worden, die Kleinwohnungen errichten will. Die Gesellschaft ist vom Staat, der Stadt und der Landesversicherungsanstalt ins Leben gerufen worden. Staat und Stadt werden also gemeinsam Kleinwohnungen bauen. Sie werden durch die Zustände auf dem Wohnungsmarkt dazu gezwungen. Das Privatkapital versagt vollkommen. Vor einigen Jahren sagte ein Führer der Königsberger Grundbesitzer, daß infolge der übertriebenen Sozialpolitik vom Privatkapital Kleinwohnungen nicht erbaut würden. Der Grund und Boden kann nicht ganz so rücksichtslos ausgenutzt werden als früher. Die Behörden sehen darauf, daß gewisse Mindestforderungen auf dem Gebiete der Wohnungshygiene beim Bauen erfüllt werden, um die ürgsten Auswüchse des Mietkasernenunwesens zu beseitigen, und das wird als „übertriebene Sozialpolitik“ bezeichnet. Auf anderen Gebieten winkt dem Privatkapital mehr Profit als auf dem Kleinwohnungsbaumarkt, und deshalb hält es sich von diesem fern.

Die Behörden haben ihre Hoffnungen lange Zeit auf die bürgerlichen Wohnungsbauengenossenschaften gesetzt. Doch auch diese sind nicht in der Lage gewesen, genügend Kleinwohnungen zu beschaffen. In Königsberg stand der größte Wohnungsbaurein schon vor dem Kriege vor dem Konkurs, und der Krieg hat seine finanzielle Lage derart verschlechtert, daß sich Staat und Stadt mit ihren großen Mitteln seiner annehmen mußten. Dann aber sind sie zu dem Entschluß gekommen, selbst Kleinwohnungen zu errichten. Damit führen sie das aus, was die Sozialdemokratie seit Jahren immer wieder gefordert hat. Wir sind unablässig für den kommunalen Wohnungsbau mit Hilfe des Staates oder des Reiches eingetreten, doch stets sind diese sozialdemokratischen Anträge abgelehnt worden. Man hat sie „undurchführbar“, „utopisch“, „sozialistisch“, ein „Schritt in den Zukunftsstaat“ genannt. Die Entwicklung hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie mit ihren Forderungen auf dem richtigen Wege war.

Leider ist in Danzig, wo das schon seit Menschengedenken bestehende Wohnungselend viel dringender nach Abhilfe schreit, von ähnlichen Schritten noch immer nichts zu hören! Hier soll grundsätzlich das bekannte „freie Spiel der Kräfte“ nicht gestört werden, das gerade hier auf dem Wohnungsbau die fürchterlichsten Verwüstungen anrichtet. Möge das nahe Königsberger Beispiel auch für uns günstig wirken.

Befehrt?

Wir haben die gelinde ausgedrückt, rohe Reklame gerügt, die ein Gedankenloser in der Halben Mille für den Nachbarn des Kommerzienrats Stabbe in Liegenhof unter Beteiligung eines Polizeikommissars machte. Die Chose hätte schließlich nur des Postmonnais des Nachbarn-Millionärs betrafet.

Obwohl die garte Absicht überall hervorguckte, brachten jedoch Neueste Nachrichten und Danziger Zeitung eingehende und verständnisvolle Berichte über die „glückliche Aufwindung“ des Branntweins. Das geschah am 13. August. Am 31. August schreiben dieselben Neuesten Nachrichten gegen den faulen Wuchhandelsgauleiter:

Ueberflüssige Experimente. Nach einer Zuschrift an uns experiment öffentlich ausführen. Sollte man solche Schaulustführungen der Straße nicht lieber auf weniger ernste Zeiten verschieben? Solange solche Kräfte in Unterhaltungsstätten auftreten, wird wenig dagegen zu erinnern sein; man befindet sich dort zwischen vier Wänden, wer das Bedürfnis hat, sich zu zerstreuen, der mag solche Stätten aufsuchen und das dort Gebotene bewundern. Aber der Unfug, die Öffentlichkeit der Straße für solche Zwecke mobil zu machen, erscheint uns für diese Kriegszeit zu gering. Das mag im Frieden allenfalls noch unpraktische Geschmackssache sein. Der kleine Kreis direkt und besonders interessierter Zuschauer, der letzten Endes wirklich oder zu gegenwärtiger Zeit überhaupt in Frage kommt, kann solche Vorführungen ja, wenn er sie in dieser gespannten Zeit für erforderlich hält, ohne die Mitwirkung der Öffentlichkeit unter sich betrachten und klären.

Sich selbst belegen, ist der schwerste Sieg, sagt ein westfremder Dichter. Wir sind neugierig, wie lange diese famose Befehrsung dauern wird. Schließlich hätte man gar nicht so schüchtern und kindlich ahrnungslos von einem Gedanken-Übertragungsexperiment, sondern richtiger von einem geschäftsgerissenen Metametriek sprechen müssen. Dann wäre für alle Leser das neue Angebot verständlicher gewesen. Es ist schon ein eigenes Kapitel: **Geschäft und Presse!**

Gegen das Butterstehen

hat der Magistrat nun unter dem 4. September eine neue Verordnung gemacht. Darin ist ein Teil unserer Anregungen berücksichtigt. In der Hauptsache ist man jedoch wieder besondere Wege gegangen. Es kommt doch nicht allein darauf an, daß das Stehen verhindert wird, sondern ebenso sehr darauf, daß niemand gezwungen wird, unnütz viel Zeit auf dem Wege zum Händler zu verwenden. Die teuren Schuhpreise sollten den Magistrat auch in dieser Hinsicht befehlen haben. Es hätte nun nichts näher gelegen, als Butterverkaufsstellen nach bestimmten Bezirken einzurichten. In dieser Weise hat der Magistrat jedoch nichts vorgeesehen. Er forderte die Inhaber von Speisekartons auf, sich bis zum 7. September in dem Geschäft anzumelden, in dem sie ihre Butter beziehen wollen. Zugleich machte er aber darauf aufmerksam, daß nur solche Geschäfte Aussicht auf Zuteilung von Butter haben, die mindestens 800 angemeldete Kunden nachweisen! Später soll den Käufern, die sich in kleineren Geschäften angemeldet haben, die Möglichkeit zur Ummeldung gegeben werden. Diese Regelung scheint also zunächst noch mit recht viel Zeit zu rechnen. Dabei sollte das gar nicht freundliche Herbstwetter auch in den Magistratsstuben, wenn dort schon keine anderen Rücksichten entscheiden, ein Grund sein, endlich schleunigst vorzugehen. In anderer Hinsicht kann man bei Betrachtung der Verordnung leicht zu der Meinung kommen, sie sei von den Erzhöllereien Fiebing, Dohm und Balkinat ausgegangen. Praktisch läuft sie sicher auf eine Begünstigung dieser Großhändler hinaus. Jede Hausfrau, die da liest, daß nur Geschäfte über 800 Meldungen Butter haben werden, geht doch aus kluger wirtschaftlicher Vorsorge gleich in das größte Geschäft. So konzentriert sich die größte Zahl der Kunden doch wieder bei den großen Händlern. Von einer zweckmäßigen Verteilung der Kunden ist keine Rede. Diese müssen wieder ihre Zeit, die sie jetzt wahrhaftig nützlich brauchen, unnütz auf weite Wege verwenden. Dazu bleibt die Aussicht, daß wegen des großen Andranges auch bei Abgabe der Butter nach Gruppen an verschiedenen Wochentagen doch Anstimmungen entstehen. Nicht ganz gleichgültig ist auch die Erwägung, was denn nun aus den kleineren Händlern werden soll. Uns deren Interesse besonders anzunehmen, haben wir schließlich kein Interesse. Das Verfahren des Magistrats steht aber doch in starkem Widerspruch zu seinem bisherigen Verhalten gegenüber den privaten Händlern. Und es besteht auch gar kein Grund dazu, den Kleinhändlern im Interesse der großen Kaufleute die Existenz unnütz zu erschweren. Zweckmäßig kann ohne Begünstigung nur in der Weise eingegriffen werden, daß die Stadt in möglichst gleich große Bezirke geteilt wird, in denen dann die darin wohnenden Käufer in bestimmten Geschäften kaufen müssen. Die Zeit des Experimentierens sollte wenigstens im dritten Kriegsjahr in einer Großstadt längst vorüber sein.

Neuerdings scheint sich das Stehen nach Milch den Butterkolonnen angegliedert zu haben. Milch und auch Käse sind jetzt hier fast gar nicht mehr zu bekommen. Und da es auch für diese Waren keine Bezirkseinteilung mit Käuferregelung gibt, so sammeln sich gerade wegen der Knappheit die Käuferinnen vor den großen Geschäften. Schließlich sollte es doch nicht notwendig sein, daß sich Mißstände immer erst bis zur Unertüchlichkeit steigern müssen, ehe etwas gegen sie getan wird. Und das Stehen ist wirklich in jeder Hinsicht ein Uebel, gegen das ein wenig kluge Einsicht schnellstens vorbeugen müßte.

Ein neuer Herings-Scandal??

Unter dieser Stichmarke drucken wir in der vorigen Nummer ein am 27. August in Nr. 438 des Berliner Tageblatt erschienenen Inserat ab, durch das eine Firma Fischeinfuhr Seemann — Zoppot gebratene frische Heringe, täglich 250 Kisten zu 100 Stück, bei Selbstbestellungen anbot. Wir zeigten uns über die Leistungsfähigkeit, die an jedem Tage 25 000 Stück gebratene Heringe liefern wollte, erstaunt. Wir teilten mit, daß wir diese Hernach große Firma im Zoppoter Adressbuch nicht entdecken könnten. Ferner fragten wir, warum solche Massen von Lebensmitteln nach auswärts spekulativ verhandelt würden, statt daß man sie nach Danzig bringe, wo Heringe nicht nur sehr teuer, sondern sogar schwer erhältlich geworden sind. Unsere Kritik war, gegenüber den Erfahrungen, die man in dieser Hinsicht jetzt leider nicht selten machen muß, allgemein zurückhaltend und maßvoll. Ihre leitenden Gesichtspunkte konnten ganz gewiß nicht übersehen werden.

Der Auftraggeber des Inserats in der Berliner Zeitung scheint allerdings zu unserm Bedauern anderer Meinung zu sein. Am 7. September erhielten wir einen eingeschriebenen Brief der Firma D. Seemann, Einfuhr — Ausfuhr — Verarbeitungen, Zoppot, Partstraße 66, folgenden Wortlauts:

An die Redaktion der Danziger Sozialdemokratischen Volkswacht Danzig.

Von einem Bekannten erhalte ich soeben Ihr Blatt Nr. 85, in dem Sie einen „Heringsfischhandel“ bringen. Ich empfehle Ihnen, ehe Sie einen derartigen Artikel bringen, der mich in verstellten Worten des Kriegswuchers bezieht und der meinen Handel als geschwellig bezeichnet, genaue Informationen anzuholen. Es wäre Ihnen ein Leichtes gewesen, bei mir eine kurze Anfrage zu machen, und Sie hätten dann schon den Bescheid erhalten, daß ich gerade das tue, was Sie auch zu erreichen beabsichtigen: nämlich ein billiges Volksnahrungsmittel auf den Markt zu bringen.

Es handelt sich nämlich um aus Dänemark eingeführte (daher nämlich die Bezeichnung „Fischeinfuhr“) Heringe, da wir in Deutschland bekanntlich nicht derartige Mengen Fett übrig haben, um täglich 25 000 Heringe abstraten zu können.

Sie schreiben am Schluß Ihrer Ausführungen: Sind solche Mengen von Lebensmitteln in der Nähe von Danzig vorhanden, so sollten sie nicht zur Spekulation nach auswärts gebracht, sondern den hiesigen Verbrauchern zugeführt werden. Hierzu bemerke ich:

Ich weise den mich hierin gemachten Vorwurf der Spekulation auf das entschiedenste zurück und hebe hervor, daß ich, z. B. an Händler nur verkaufe, wenn ich die Gewähr habe, daß die Heringe dem Verbrauch sofort zugeführt werden. Abgesetzt davon, ist die Ware zu empfindlich, um damit Spekulation treiben zu können.

Wenn Sie sonst noch irgend welche Aufklärungen wünschen, dann stehe ich Ihnen nach vorheriger Anmeldung gern jederzeit zur Verfügung.

Ich erlaube Sie daher höflich, umgehend in Ihrem Blatte eine entsprechende Richtigstellung zu veranlassen. Ich behalte mir vor, falls Sie dieser meiner berechtigten Bitte nicht nachkommen, die Angelegenheit meinem Rechtsbeistand zu übergeben.

Hochachtungsvoll

D. Seemann.

Wir verstehen nicht, woher die Firma ohne weiteres zu der seltsamen Meinung kommt, daß wir sie in verstellten Worten des Kriegswuchers und ihren Handel als geschwellig bezeichnet hätten. Wollten wir eine Anleihe bei deutschen Sprichwörtern machen, so könnten wir sagen: Wer sich verteidigt, ohne angeklagt zu sein, klagt sich selber an. Ueber die Absicht der Beschaffung eines billigen Volksnahrungsmittels möchten wir mit der Firma darum nicht besonders streiten, weil ihr Inserat und auch dieser Brief nicht den geringsten Anhalt dafür bietet, welche Billigkeit sie denn eigentlich meint. Von Preisen liest man in beiden nichts. Daß die unbestimmte Firmenbezeichnung Fischeinfuhr auf den Bezug dänischer Waren hindeutet, konnten wir doch darum schon nicht vermuten, weil das Angebot von Zoppot nach Berlin und weiter nach unserer bescheidenen Meinung eher Ausfuhr bedeutet. Die Ausfuhr wird ja auch im Kopf des Briefhogens der Firma ausdrücklich zugegeben. Die Ablehnung unserer Vermutung der Spekulation kann schließlich wenig interessieren, so lange es sich nur um den theoretischen Begriff handelt. Darüber läßt sich nur urteilen, wenn man Ein- und Verkaufspreise und noch einige andere Umstände kennt. Eine beleidigende Beschuldigung läßt sich aus unseren Bemerkungen nicht herausfinden. Wie die Vermutung der Spekulation durch die Angabe widerlegt werden soll, daß die Firma an Händler nur verkauft, wenn sie die Gewähr habe, daß diese die Ware sofort dem Verbrauch zuführen, klärt sehr wenig auf. Was soll denn das für eine Gewähr sein? Und wie könnte sie überhaupt die Annahme einer Spekulation widerlegen? Die Empfindlichkeit der Ware möchten wir schon gerne zugeben. Aber auch sie widerlegt doch nicht, so wenig Wert wir auch auf die Erörterung dieses Punktes legen, die Annahme einer Spekulation. Die nicht mehr liebenswürdige Mitteilung, daß die Angelegenheit einem Rechtsbeistande übergeben werden könnte, ist schließlich eine geschäftliche Maßnahme der Firma, die uns äußerst wenig interessiert. Unser pflichtmäßiges Vorgehen kann dadurch am allerwenigsten beeinflusst werden. Wir bleiben nach wie vor dabei: Sind so große Massen billiger Lebensmittel vorhanden, so sollte grade eine empfindliche Ware nicht in ganz Deutschland herumgeschickt, sondern sie in Danzig abgesetzt werden, wo Gelegenheit genug zum Absatz ist.

Wieder ein Handelsverbot.

Dem Kaufmann Fritz Büttner, Brothänkengasse Nr. 11, ist der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, besonders mit Nahrungsmitteln, vornehmlich von Heringen und Futtermitteln aller Art usw., verboten worden.

Höchstpreise für Aale.

Unterm 1. September bestimmte der Magistrat, daß vom 5. September ab für das Pfund geräucherter Aale jeder Größe nicht mehr als 2,30 Mark und für frische Aale nicht mehr als 1,80 Mark gefordert werden dürfe. Diese Beschränkung des schier unerträglichem Fischwuchers war schon längst geboten. Am letzten Sonnabend mußten für das Pfund geräucherter Aal bereits 3 Mark und für frischen noch immer 3 Mark gezahlt werden. Woher der Mut zu solchen Forderungen kommt, mögen die Götter wissen. Vergessen kann die dazu gehörige Unvernünftigkeit nie werden.

Unterm 4. September veröffentlichte der Magistrat eine vom 23. und 29. August datierte Verfügung des Regierungspräsidenten, durch die neue Höchstpreise für den ersten Verkauf frischer Aale, also vom Fischer an den ersten Händler, festgesetzt wurden. Sie sind abgestuft nach dem Gewicht der Fische. Für das Pfund darf nicht mehr als 1,20 Mark genommen werden, wenn der Fisch nicht über 1 Pfund wiegt. Ist er zwischen 1 bis 2 Pfund schwer, so kann bis Pfund mit 1,50 Mark berechnet werden. Bei mehr als 2 Pfund schwere steigt der Preis für 1 Pfund sogar auf 2 Mark. Für den Verkauf an die Verbraucher, heißt es in der Verordnung, gelten diese Preise nicht. Da die Höchstpreise längst zu Normalpreisen geworden sind, und sogar nicht immer das Höhersteigen der Preise verhindern, stehen die Festsetzungen der beiden Behörden in einigen Teilen im Widerspruch. Der Danziger Höchstpreis erlaubt für das Pfund frischer Aale höchstens 1,80 Mark. Der Regierungspräsident erlaubt bei größeren Fischen aber schon im ersten Zwischenverkauf 2 Mark. Da der Händler auch verdienen will, wird er kaum unter 2,20 Mark verkaufen wollen. Damit würde er den Danziger Höchstpreis schon um 40 Pfennig überschritten haben. Er wird also eher an Mähdereien oder nach auswärts verkaufen oder die Ware in anderer Weise zurückhalten. Uns ist eine Verkaufsverweigerung vom 6. September mitgeteilt worden. Wir wissen nicht, ob es sich dabei etwa um einen praktischen Konflikt

zwischen den beiden Verordnungen handelt. Den Fall haben wir zur weiteren Veranlassung dem städtischen Kriegsernährungsamt mitgeteilt. Widersprüche zwischen behördlichen Festsetzungen sollten gerade auf diesem Gebiet unbedingt vermieden werden. Wie sollen denn auch die Gerichte entscheiden, wenn sich Angeklagte darauf berufen, daß sie sich in den wiederholten Vorschriften nicht zurecht finden?

Zu den städtischen Vorkäufen

Ist jetzt noch garantiert reines Schokoladenmehl gekommen, das der Magistrat auf Lebensmittelposten vom 4. bis 9. September für 3,60 Mark (!) pro Pfund, oder 90 Pf. das Viertelpfund, verkaufen ließ. Leberpaste wird noch weiter verkauft. Ebenso erfolgt auch der Verkauf der Eier. Diese finden indes trotz des mäßigeren Preises wenig Abnehmer, weil die Bestimmung, daß auch schlechte und faul gewordene abgenommen werden müssen, zu sehr abschreckt.

Kartoffelpreise.

Das Kriegsernährungsamt hat seinerzeit bekanntgegeben, daß der Verbraucherpreis für Kartoffeln zum Einkellern im Herbst den Satz von etwa 4,75 Mark und zum Kleinverkauf während des Winters von etwa 5,50 Mark je Zentner nicht überschreiten solle.

Die Verhandlungen über die zur Erreichung dieses Zieles zu treffenden Maßnahmen, insbesondere auf dem Frachtgebiet sind nunmehr abgeschlossen. Fast alle Staatseisenbahnverwaltungen haben sich schon bereit erklärt, den Höchstfrachtsatz für Kartoffeln, der bisher 50 Pf. je Zentner betrug, auf 25 Pf. herabzusetzen. Das Reich erstattet denjenigen Gemeinden, deren Frachtaufwendungen in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 15. August 1917 trotz der Frachtermäßigung noch mehr als 15 Pf. im Durchschnitt betragen, den Mehrbetrag. Die Gemeinden haben also infolge dieser erheblichen Leistungen von Staat und Reich für die von ihnen auf Anweisung der Reichskartoffelstelle bezogenen Speisekartoffeln vom 1. Oktober 1916 ab im Höchstfalle 15 Pf. Durchschnittsfracht zu entrichten. Die Reichskartoffelstelle wird vom 1. Oktober 1916 ab die von den Bedarfsgemeinden an die Lieferungsstelle zu zahlende Vermittlungsgebühr, die seit dem Februar 1916 25 bis 30 Pf. betrug auf 20 Pf. für den Zentner herabsetzen. Da nur gute, gesunde, verlesene Kartoffeln dem Erzeuger mit 4.— Mark zu bezahlen und für Minderwert Abzüge zu machen sind, können den Gemeinden irgendwie erhebliche Verluste bis zum Einkellern kaum erwachsen. Die Kosten für Anfuhr zum Keller, Sackbenutzung usw. liegen örtlich verschieden. Verhandlungen mit den Bedarfsverbänden mit dem Ziel, daß der eingangs gedachte Preis überall innegehalten wird, sind eingeleitet.

Lohnvorschuße zur Beschaffung von Kartoffeln und Heizmaterial.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Auf Wunsch des Verbandes deutscher Beamtenvereine ermächtigt der Finanzminister und der Minister des Innern die ihnen nachgeordneten Behörden den unterstellten Beamten und ständigen Arbeitern in Staatsbetrieben zur Beschaffung des Wintervorrats an Kartoffeln und Heizmaterial auf Antrag einen Gehalts(Lohn)-Vorschuß zu gewähren. Die Vorschüsse sollen den Monatsbetrag des Gehalts (Lohnes) nicht übersteigen und nicht über die Höhe des zu diesem Zweck tatsächlich aufgewendeten und deshalb beim Antrag nachzuweisenden Betrages hinausgehen. In dem Antrage hat der Beamte (Arbeitnehmer) die Mengen und Preise der beschafften oder zu beschaffenden Wintervorräte anzugeben, ferner nachzuweisen, daß er zu pfleglicher Lagerung und Behandlung der Kartoffelvorräte in der Lage ist, so daß deren Verderb nicht zu befürchten ist. Bei ihr Gehalt in vierteljährlichen Raten empfangenden Beamten sollen die Vorschüsse nicht mehr als zwei Drittel der für die gedachten Anschaffungen rechnermäßig nachzuweisenden Aufwendungen betragen. Von diesen Beamten sollen die zu empfangenden Vorschußbeträge in zwei gleichen Raten bei den Gehaltszahlungen für die Vierteljahre Januar—März, April—Juni 1917 abgetragen werden, von den übrigen Vorschußempfängern in fünf gleichen Raten bei den Diäten(Lohn)-Zahlungen in den Monaten November, Dezember 1916, Februar, März, Mai 1917.

Danzig erweitert seine Hafenanlagen. Vorgeesehen ist die Erbauung eines neuen Pochhofes mit Raimauer, mehreren Speichern, einer großen Löschhalle usw. Die neuen Anlagen sollen ihren Platz am linken Ufer der Toten Weichsel, etwas oberhalb der Einmündung der Motikau, erhalten. Der Entwurf sieht neben mehreren Verwaltungsgebäuden unmittelbar am Kai eine Löschhalle von 200 Meter Länge und 40 Meter Tiefe vor; doch wünscht die Kaufmannschaft Löschhallen von mindestens 300 Meter Länge. Hinter der Halle sollen mehrere Speicher gebaut werden. Vor und hinter der Halle sind Gleisanlagen und Kräne geplant. Die Baukosten werden 2 bis 3 Millionen Mark betragen. Mit dem Bau wird man wohl im nächsten Jahr beginnen.

Aus Weibrennen

Ebinger Mordprozess.

Acht Tage lang hat das Deutsch-Eslauer Kriegszustandsgesicht in Ebing gegen den Bäckermeister Arthur Bähr die Anklage wegen Ermordung der Kriegsernährungsamt Bediensteten Hedwig Kling verhandelt. Diese ist in der Nacht zum 11. Januar das Opfer eines Mörders geworden. Erheblich sprach gegen den Angeklagten ein ihm gehöriger Leuchter, der in der Klingischen Wohnung gefunden wurde. Zeugen der Tat gab es aber nicht und Bähr leugnete entschieden. Seine Frau bestritt bei ihrer Vernehmung zunächst, daß sie am Tage nach dem Mord aus einer Hölle ihres Mannes Blutsleden gewaschen habe. Sie wollte sich auch nicht erinnern, daß sie ihren Diensthofen und anderen Beuten Briefe diktiert hatte, durch die andere Personen der Tat verdächtigt wurden. Erst als Zeugen gegen sie ausiraten, gab sie diese Handlungen zu. Sie wollte sie nur getan haben, um ihren Mann zu entlasten. Sie blieb unverurteilt. Der Anklagevertreter hielt die Anklage am 6. September in zweifelhafte Rede aufrecht. Er forderte zur Sühne der Bluttat die Todesstrafe und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Rechtsanwalt Levinson beantragte die Freisprechung, weil die Rette des Beweises nicht geschlagen sei. Nach 2 1/2 stündiger Beratung füllte das Gericht

gegen 1 Uhr nachts das auf Freilassung wegen mangelnder Beweise lautende Urteil. Für unschuldig hielt das Gericht B. nicht. Es sprach aus, daß er des Mordes dringend verdächtig bleibe.

Selbstmord gegen Eierwucher

schildert die Elbinger Zeitung am 6. August nachhaling aus Elbing so:

Eine Mandel Eier 4,50 Mark. Dieser Preis wurde heute auf den Wochenmarkt von einer Landfrau gefordert. Das war den Hausfrauen denn doch zu stark. Zwar ermäßigte sie dann den Preis auf 4 Mark und gab dafür an eine Hausfrau eine Mandel ab. Als diese aber nur 3,80 Mark zahlte und darüber eine Auseinandersetzung erfolgte, krawachte eine Frau „aus Verlehen“ in den Gertorb, worauf die restlichen fünf Mandel der Landfrau auf die Straße fielen, zum Teil zertrümmert wurden und zum anderen Teil verschwanden. Auch die gekaufte Mandel Eier ging dabei in die Brüche. Die Polizei notierte zwar einige Hebelstäterinnen, aber dadurch wurden die Eier nicht wieder heim und die fehlenden Eier nicht wieder herbeigeschafft. Fünf Mandel Eier hatte die Landfrau übrigens schon verkauft gehabt, als „das Verlehen“ geschah.

Besser vollzog sich die Angelegenheit, als eine Landfrau für zwei Hühner 7 Mark forderte. Der Postzelbeamte griff ein und keinem gültlichen Jureden gelang es, die Verkäuferin milder zu stimmen. So daß sie schließlich beide Hühner für 3,50 Mark abgab.

Er wuchert weiter. Wegen Kriegswuchers hatte sich vor der Königer Strafkammer der Kaufmann Adolf Seibiger aus Luchel zu verantworten, der bereits im Mai d. J. wegen Verstoßens in Buchers zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Diesmal handelte es sich um Bücher mit Reis. Der Angeklagte hatte im Dezember 1914 Buchpreis zum Preis von 26,50 Mark und 25 Mark pro Zentner eingekauft und ihn für 50 Mark einen kleinen Teil sogar für 70 Mark pro Pfund verkauft. Nach Gutachten von Sachverständigen wird aber im allgemeinen Buchpreis nur mit einem Preisaufschlag von 20 bis 25 Prozent verkauft. Die Strafkammer erkannte deshalb auf eine Geldstrafe von 300 Mark (!).

Karthaus (Westpr.). Der „eiserne Koffer“. Auf der Güterabfertigung in Sierakowitz wurde dieser Tage eine Bahnladung, angeblich „Eisenwaren“ enthaltend, polizeilich geöffnet. Bei der Inhaltsangabe nicht zu stimmen schien. Bei Öffnung der Kisten stellte sich heraus, daß dieselben statt der deklarierten Eisenwaren etwa dreizehn Zentner Rohkaffee enthielten, die beschlagnahmt wurden. Die Ware kam aus Sowidkino und war für Karthaus bestimmt.

Aus der Lucheler Heide, Förster und Wilderer. Wie das „Schweher Kreisblatt“ berichtet, wurde der Hilfsforstbeamte Weber im Belauf Schwarzwasser am Piazensee ermordet aufgefunden. Als Täter wurde der Besizerlohn Spiga aus Lonsel verhaftet und der Staatsanwaltschaft Graudenz zugewiesen. Anscheinend hat Weber den Spiga beim Schlingenstellen überfallen und ist dann von diesem nach einem Kampf ermordet worden.

Schrey. Die Bluttat in der Lucheler Heide, über die wir bereits berichteten, scheint sich jetzt aufzuklären. Wegen Ermordung des Hilfsforstbeamten Weber im Belauf Schwarzwasser am Piazensee ist der Besizerlohn Spiga aus Lonsel verhaftet. Weber die Bluttat selbst wird berichtet: In der Nacht vom 14. zum 15. August ist der Hilfsforstbeamte Weber, der von der Militärbehörde zur Fortverwaltung beurlaubt worden ist im Belauf Schwarzwasser am Piazensee in einem Dösch ermordet vorgefunden. Weber hatte den Auftrag, mit dem Forstbeamten Stoll aus Schwarzwasser, Schlingenstellen nachzugehen. Die beiden Forstbeamten wechselten sich gegenseitig an der Mordstelle ab, um die dort aufgestellten Schlingen zu beobachten. Der Forstbeamte Stoll fand W. mit vielen Stichwunden im Kopf, Gesicht und Genick tot vor. Sein Koffer und Rucksack lagen zerstreut umher und das Gewehr fehlte. Der Leichnam des Weber zeigte deutlich, daß der oder die Mörder mit diesem Opfer einen schweren Kampf zu bestehen hatten die Wunden waren ungleichmäßig und der Boden zertrampelt. Bei Stolls Meldung in der Oberförsterei wurde sofort eine Suche abgehalten, die in der Verhaftung des Spiga mündete.

Ikorn. Druck von falschen Briefkarten. Das Schöffengericht verhandelte gegen acht Angeklagte meist Beihilger und andere Anstehende einer Druckerei und einige Angehörige von Waken sowie gegen eine Bädermeisterin. Die Drucker hatten vom Eigentümer den Auftrag zum Druck der Briefkarten erhalten. Die Angeklagten eigneten sich nun die sogenannten Briefdrucke an die eigentlich hatten vernichtet werden sollen und lieferten sie an den unterausgelegten Bädermeister dem es dadurch möglich wurde, daß — den Betrag größerer Mengen zu liefern. Der Verteidiger des Bädermeisters, Rechtsanwalt Eddo, verteidigte aus sich von einem Diebstahl und behauptete, daß der Bädermeister die Karte nicht konnte, denn der Bädermeister habe es das Urteil, das ihm auf Grund der Verurteilung gefolgt wurde, er behauptet, der Bädermeister habe die Sache als sehr schwerwiegend und meinte, die Verurteilung der Stadt habe in Frage gestellt werden können, wenn das Urteil der Angeklagten weitergegangen wäre. Das Gericht sah aber die Sache milder an und verurteilte den Bädermeister zu drei Wochen und mehrere Angeklagte zu zwei Wochen bzw. einem Tage Gefängnis, während die übrigen Angeklagten freigesprochen wurden.

Aus der Partei

Der Vorwärts des Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Die politische Tendenz des Vorwärts heißt für jeden sozialdemokratischen Volkgenossen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er fest der Epochen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durch die Widerarbeiten der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geworden ist. Dafür lassen sich eine Menge Beispiele anführen. Aber keine bringt einen so schlagenden Beweis, daß der Vorwärts nicht mehr Zentralorgan der Gesamtpartei sein will, als das Material, das sich von ihm selbst in den letzten Tagen ablesen lassen.

Ein lüderlicher Herr aus Danzig, der schon längere Zeit Abnehmer des Vorwärts ist, ersuchte ihn um Angabe der Adresse eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, dem er eine, die Öffentlichkeit stark berührende Angelegenheit unterbreiten wollte. Da auf erhielt er vom Vorwärts folgende Antwort:

Geachteter Herr!

Berlin 1916, 9. 2.

Bezug: Die nachstehende Adresse: An das Mitglied des Reichstags Herrn Bogdner, Sekretariat der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Berlin, Reichstagsgebäude, Obergeschoss, Zimmer 18. Lieberlesenden Sie Herrn Bogdner Ihr Respekt und ersuchen Sie ihn, daselbst einer Fraktion vorzulegen. Alles übrige ergibt sich daraus.

Hochachtung

Sekretariat Vorwärts, Berlin SW. 65, Lindenstraße 3, 4. Hof 4.

Dieser Brief besagt genug. Für den Vorwärts existiert offenbar weder die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, noch das Parteisekretariat oder die Redaktion der Volkswacht in Danzig. Für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ist für ihn die Stelle in der Partei, die für die Erzielung einer wichtigen Angelegenheit in Betracht kommt. Wäre es nicht Pflicht des Vorwärts gewesen, den Mann an das Parteisekretariat in Danzig zu verweisen?

Wir sind der Meinung, daß der Parteivorstand und die Kontrollkommission gerade diesem Falle besondere Beachtung schenken müßten. Er beweist mehr als anderes, wie weit es in mancher Hinsicht leider schon gekommen ist.

Die Reichskonferenz

der Partei dürfte am 17. September im Reichstagsgebäude beginnen. Außer den verschiedenen Körperschaften der Partei werden die Organisationen in der Weise vertreten sein, daß auf 50 bis 3000 Mitglieder ein Vertreter, auf 3000 bis 10 000 Mitglieder zwei Vertreter und auf über 10 000 Mitglieder drei Vertreter entsenden. Die Wahlkreise, die nicht selbstständig 50 Mitglieder aufweisen, können gemeinsam mit Nachbarkreisen einen Vertreter entsenden. Angehörige der Parteiminderheit haben sonderbarer Weise gewünscht, daß die selbständige Vertretung erst von 300 Mitgliedern zulässig sein sollte. Dieser Vorschlag ist sogar in erster Linie von Genossen aus dem deutschen Osten empfohlen worden.

Die Arbeiter Bremens und U-Deutschland.

In dem Artikel unserer letzten Nummer: U-Deutschlands Heimkehr haben wir die Meinung der Bremer Bürgerzeitung wieder, welche die Beteiligung der Bremer Arbeiterschaft beim Empfang des Schiffes als eine aus dem Innersten mit elementarer Wucht emporquellende Volksstimmung der proletarischen Massen schilderte. Diese Ansicht war aber, wie wir uns inzwischen überzeugen mußten, nur die der — Lokalredaktion des Blattes. Seine politische Redaktion vertrat sogar gegenüber dieser echt menschlichen Massenemonstration eine ganz andere Haltung. Die Frankfurter Volksstimme schreibt dazu:

Aus Bremen fuhr das Untersee-Handelsboot „Deutschland“ aus, nach Bremen kehrte es zurück. In der ganzen Welt wurde die Rückkehr als Großtat gefeiert, sogar die Engländer hatten einen Begriff dafür und eine, sei es auch nur sportmäßige, Sympathie. Aber einen auf dem weiten Erdenrund gibt es, der verhält sich wie Stod und Stein, und der eine ist der Vertreter Bremens im Reichstage! Als leitender Redakteur des politischen Teils der Bremer Bürgerzeitung druckte er am Donnerstag das Voemann-Telegramm von der Ankunft des Schiffes an der Wesermündung ab, dazu knurrend ein paar Sätze aus einem bürgerlichen Blatte Bremens. Aus eigenem munde. Am Freitag kein Wort. Am Sonnabend wieder kein Wort. Am selben Sonnabend aber rettete der Lokalredakteur die Lage. Er war mit dem Pressedampfer weiterabwärts gefahren zur Einholung des Schiffes, da mußte doch wohl etwas gesagt werden. Es geschieht das mit Warnungen vor Hebertreibungen und Ermahnungen, „die wirtschaftliche Bedeutung dieser Tat ruhig und nüchtern einzuschätzen“. Der allgemeine Jubel aber mußte gewürdigt werden und also schrieb der Lokalredakteur:

Hier folgt die Wiedergabe der von uns schon veröffentlichten Darstellung der „Bremer Bürgerzeitung“. Dann heißt es weiter:

Ein Beifall endlos, gewaltig, sondergleich, und der Beifallsturm war nicht etwa künstlich gemacht, überhitzt.

Mit anderen Worten: Ganz anders wie das Bremer Parteiblatt schätzten die Arbeiter Bremens die Rückkehr des Schiffes ein. Nicht ein Wort, nicht ein Wörtchen hatte das Blatt zur Begrüßung übrig, drei Tage drei lange Tage blieb es stumm. Das Volk Bremens aber redete.

Und wer beruft sich immer auf die Massen?
Dieses Jahr erntete Bremer Ereignis sollte auch anderswärts bei der Berufung auf die Massen nachdenklich stimmen.

Sozialdemokratisches Kapital.

Die „Deutsche Tageszeitung“ übernimmt in ihrer Nr. 442 vom 29. August 1916 aus dem von Wilhelm Schwaner herausgegebenen „Volkserzieher“ (Nr. 14) die Mitteilung, daß die Sozialdemokratische Partei — oder die „Gewerkschaft“ — ihr Willenskapital vor dem Kriege von der Deutschen Bank abgehoben und bei der Bank von London niedergelegt habe. Bei Kriegsbeginn sei dann dieser „Risikolohnschuß“ von den Engländern beschlagnahmt worden.

Die Nachricht ist von A bis Z falsch. Die Partei und auch die „Gewerkschaft“ haben niemals Geld auf der Bank von London deponiert gehabt.

Damit erledigt sich auch alle weiteren von der reaktionären Presse an diese Nachricht geknüpften Kombinationen.

* Die Ruhelstätte Ferdinand Laßkes in Breslau war auch in diesem Kriegsjahre mit einem Gedenkfranz geschmückt, deren rote Schleife die Widmung trug:

In jenem Grade werden Nationen klagen,
Woh! unserer Zeit, daß sie sich nicht bemuht,
Daß nichts ihr mehr zu Tode müßte schlagen,
Als dieser Völkern rauchiger Verlust.

Die Kranzniederlegung findet seit Ausbruch des Weltkrieges ohne die früher übliche Beteiligung durch Volksgenossen statt.

Genosse Dr. Franz Meckling

ist in Schutzhaft genommen. Die Behauptung, daß auch Adolf Hoffmann verhaftet worden sei, wird von ihm für falsch erklärt.

Sozialdemokratische Massenversammlungen

sind in der letzten Zeit in den verschiedensten Gegenden Deutschlands abgehalten worden. Fast durchweg waren die größten Säle völlig überfüllt; Tausende konnten keinen Zutritt erlangen. So sprach Genosse Roste in Chemnitz, Genosse Scheidemann in Kassel vor über 7000 Personen, Redakteur Haber in Magdeburg vor über 3000 Personen, Genosse Hoch in Würzburg vor mehr als 1500 Besuchern, Genosse Vogtler in Nordhausen vor über 2000 Personen und Genosse Haase in Tübingen bei Dresden. Die Genossen Ebert, Mollenhuth und Müller-Berlin sprachen mit großem Erfolge in verschiedenen sächsischen Städten. In Berlin war eine Versammlung, die von den Genossen der Mehrheit einberufen wurde und in der Dr. David referierte, von über 1000 Personen besucht. Ein von den Anhängern der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft veranstalteter Vortrag des Genossen Haase wurde nicht genehmigt.

Mit weichen großen Erfolge könnte jetzt für Volk und Partei gewirkt werden, wenn alle Genossen einig für dasselbe Ziel wirken würden.

Literatur

Geschichte des deutschen Volkes von Dr. Albrecht Wirth. Verlag der Franckh'schen Buchhandlung, Stuttgart, 1916. Das 152 Seiten umfassende Buch will eine Geschichte des deutschen Volkes für das deutsche Volk sein. Wir bedauern, daß diese Drucksache in dem sonst einwandfreien Franckh'schen Verlage erscheinen konnte. Nach mitten im Weltkrieg erzählt Herr Dr. Wirth dem deutschen Volk sein Urteil über die Sozialdemokratie mit dieser — Ungeniertheit: „In der städtischen Verwaltung und in sonstigen öffentlichen Vereinigungen hat die Macht der Sozialdemokraten zu vielen Ungünstigkeiten geführt, namentlich zu einem Terrorismus in den Krankenkassen, der erst Wehrmacht (Weltwirtschaft! Red. B.) in den Konsumvereinen.“ Trotz dieses abspredenden Gebredes gibt der Verfasser gütigst zu, daß die „Sozial“ — so schreibt er buchstäblich — zur Beseitigung mancher Mißstände in der städtischen Bureaucratie und Autokratie beigetragen haben. Ueber Logik wollen wir mit dem Gelehrten nicht streiten. Was er in dieser „Volksgeschichte“ an der Sozialdemokratie bemerkt, schrieb so deutlich vor dem Kriege kaum der bekannte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Natürlich scheint Dr. Wirth sich jeden Beweis für seine grundfalschen Behauptungen. Wir wollen ihn nicht in die heillosen Verlegenheit bringen, jetzt noch die Beweisführung zu fordern. Der Wert seiner „Geschichte“ ist in der jetzigen Form wohl am richtigsten bargelegt.

— Simplicissimus. Die sechsten erschienenen Nummer 22 enthält unter anderem folgende Zeichnungen: „Englisches Spielzeug“ von Wilhelm Schütz, „Der dänische Skat“ von O. Gulbranson, „Luchknappheit“ von O. Rend, „Segen der Heimat“ (mit Gedicht von Dr. Dingeloh) von R. ed., „Nacht in Belfort“ von A. Rubin und „Unter englischen Lanooögien“ von Th. Th. Heine. Letzlich ist die Nummer ausgestattet mit je einer Skizze: „Die Laus“ von Arnold Zweig und „Die Wohltätigkeitsveranstaltung“ von Hans Reimann, ferner mit je einem Gedicht: „Vor dem Gemitter“ von Hermann Schieder, „Hab Dank —“ von Wilhelm Schuffen, „Runcimans Gedung“ von Emanuel und „Wenn alles hinter uns —“ von Edgar Steiger usw. — Der Simplicissimus kostet pro Nummer 35 Pfennig, die Liebhaber-Ausgabe, welche auf ganz hervorragendem schönem Papier hergestellt wird, im Halbjahresabonnement 15 Mark. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. & Co. in München.

An Bord. Kriegserlebnisse bei der schwimmenden und fliegenden Wehrmacht Deutschlands. Von Anton Jendrich. Preis gebunden 1 Mark, gebunden 1,60 Mark. (Stuttgart, Franckh'sche Verlagsbuchhandlung.) Anton Jendrich, der bekannte Kriegskorrespondent, erzählt vom Heldentum unserer Kriegsmatrosen. Was er an Bord eines Großkampfschiffes, eines Torpedos- oder Unterseebootes, bei den Marinekämpfen und Marinefliegerungen erlebt hat, schildert er bereit und anschaulich. Besonders Interesse haben seine klug geschriebenen Darlegungen naturgemäß für die Einwohner der See.

Wichtig für Raucher!
Mäßiger Kriegsaufschlag.
Galeem Aleikum (Mokkumstück)
Galeem Gold (Goldmumstück)
Zigaretten
Willkommenste Liebesgabe!
Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pfd. Stück
einschließlich Kriegsaufschlag
Trusfrei!

Der Sieg der Korruption.

Die rumänische Regierung hat sich gezwungen, die rumänische Bourgeoisie hat sich gezwungen, die sechs Millionen unterernährter Bauern, die die Korruption der Kubel, welche in den letzten Tagen den Straßen Bukarests rollten, wird für immer die Illusion der Oligarchie der Besitztümer beseitigen, die die ärmlichsten Verbrechen aufgewiesen hat. Seit Beginn des Krieges hat die rumänische Regierung wie eine Hyäne auf dem Unterhalt auf den günstigen Augenblick gewartet, um sich das Opfer zu werfen. Bekanntlich geht Rumänien in den Krieg, um die Brüder Transylvaniens und der Bukowina zu freien. Diese elende Bräse ist die ganze Weisheit unserer Regierender. Es ist aber statistisch festgestellt, daß es den Rumänen in der österreichisch-ungarischen Bukowina und in Transylvanien viel besser geht als denjenigen im freien Königreich. Die ökonomische Knechtung ist in Ungarn ebenfalls bei weitem nicht so groß als in Rumänien, dem Lande der notorischen Unterernährung. Wie der Genosse Katowstj sagte, will die rumänische Bourgeoisie auf dem Felde Ungarns sich auf das uneingeschränkte Recht der Knechtung des rumänischen Volkes erheben. Unsere Partei tat die ganze Zeit ihre Pflicht. Sicher ist jetzt die gesamte Parteileitung hinter Schloß und Riegel. 12 Stunden vor Ausbruch des Gemehls schrieb die Regierungsorgane noch, daß die umlaufenden Gerüchte ungenau seien. Die Regierung, die die Stimmung des Volkes genau kennt, wollte das Proletariat übercumpeln und den Arbeitern keine Zeit lassen, sich mit den rumänischen Revolutionären und ungarischen Revolutionären in Verbindung zu setzen. Den bulgarisch-deutsch-österreichischen und ungarischen Genossen sage ich offen, daß uns nichts in der Welt von ihnen eint, und daß uns alles von den raubgierigen, blutbesetzten Machthabern in Rumänien scheidet, die nur auf ihren eigenen, persönlichen Nutzen bedacht sind.

„Die Eier des Menschen nach dem Besitz des anderen“

Dr. Leo Lederer, der unmittelbar vor der Kriegserklärung Rumänien verlassen hat, schreibt u. a. im „Berliner Tageblatt“: Wieder fahre ich durch das reiche, grüne rumänische Land, durch die Schönheit seiner sonnenüberglänzten Berge, und ich frage mich: wie ist es möglich, daß der Mensch das herrliche Geschenk des Friedens so verächtlich hinwirft wie eine widerwärtige Last und nach dem blutigen Schlachtmesser des Krieges greift? Wie ist es möglich, daß die zwei Jahre voll Blut und Grauen in den Herzen der wenigen Glücklichen, die nur Zuschauer dieses Kampfes, entsetzten Lebens sind, nicht den heiligen Schwur auslösen haben, wenigstens das eigene Land vor der Furchtbarkeit des Krieges zu bewahren? Es scheint, daß in einem Tollhaus auf die Dauer niemand gesund bleiben kann, und die von dem anstehenden Wahnsinn erfüllte Luft unserer Tage, die Eier des Menschen nach dem Besitz des anderen überall zur unheimlichsten Entfaltung bringt. Und so sehe ich den Krieg auch über diese Berge schreiten. Die hohen, starren Bohrtürme von Stimpolung rauchen und schwelen, und zerstört bilden die Mauern der weißen Wälder von Buzesti und Sinaia in die blaue Luft. Schon jetzt sind sie zum größten Teil verödet.

Es sind die herrschenden Klassen, die in Rumänien vom imperialistischen Gedanken erfaßt worden sind und einen Eroberungskrieg führen. Und nicht nur in Rumänien, sondern auch in anderen Staaten wird der Krieg geführt um den Besitz des anderen.

Erfolge gegen Rumänien.

Deutsche und bulgarische Truppen rückten über die rumänische Grenze. Sie konnten die Festung Lutrak in im Sturm nehmen. Dabei machten sie 20 000 Gefangene, darunter 2 Generale und über 400 andere Offiziere. Sie erbeuteten über 100 Geschütze.

Dänemark bleibt im Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien neutral. Der dänische Geschäftsträger in Wien gab im Ministerium des Aeußern die Erklärung ab, daß Dänemark gegenüber dem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien Neutralität bewahre.

Präsident Wilson über den zukünftigen Frieden. Präsident Wilson nahm, nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“, die demokratische Auffassung zum Präsidentenwahlkandidaten für die kommenden Wahlen an und begleitete diese Formität, wie üblich, mit einer Rede über die politische Lage. Er wandte sich auch dem zukünftigen Frieden zu, der ein gerechter und dauernder Friede sein müsse. Die amerikanische Nation müsse ihr volles Maß dazu beitragen, um einen ehrenvollen Frieden zustande zu bringen. Keine Nation darf dazu gezwungen werden, auf irgendeine Seite zu treten, aber es kann auch keine Nation länger neutral bleiben gegen irgendeine beachtliche Störung des Weltfriedens. Alle Nationen der Welt müssen sich vereinigen zur gemeinsamen Sicherheit dafür, daß, was immer geschehen soll, den Frieden der ganzen Welt zu stören, zu zerstören von einem Gerichtshof der ganzen Welt geprüft werden müsse, bevor es unternommen werde.

Friedenskonferenz. Nach einer Stockholmer Meldung meldet das dortige Blatt „Socialdemokraten“ aus Paris: Die Führer der französischen Sozialisten hätten beschlossen, die Sozialisten aus allen mit der Entente verbündeten Ländern zu einer Konferenz nach London einzuladen und die Friedensbedingungen und Maßnahmen zur Verhütung von Streitigkeiten infolge des Krieges zu erörtern. Das Internationale Sozialistische Bureau im Haag habe die Vorbereitung der Konferenz übernommen.

Politische Rundschau

Die schönen Reden . . .

In den nationalliberalen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ lesen wir:

„Rumäniens Kriegserklärung gibt allen denen, die ihre Hoffnung auf die deutsche Dynastie in Bukarest gesetzt haben, ein bitteres Getränk. Dynastische Beziehungen und verwandtschaftliche Gefühle haben sich in diesem Kriege nur in negativem Sinne wirksam gezeigt. Alle die schönen Reden an der Festtafel, alle die schwungvollen Trinksprüche, die sich immer auf Frieden und Verständigung und Völkerverbrüderung reimen: wie hoch hat man einst jede Wendung in ihnen bewertet, wie hat man in ihnen Gewähr dafür gesehen, daß die Herrscher ernsthaft entschlossen seien, die Unruhestifter und Kriegstreiber im Zaume zu halten, und daß sie dafür eintreten würden, daß nicht freiwillig ein Krieg ausgebrochen werde. . . .“

Aber als sich die Sozialdemokraten gegen die lächerlichen Überhebungen gegen die sinnliche Ernährung aller Trinksprüche wandten: wie und ja da wir beschließen, Neuesten Nachrichten ausgefahren worden! Und wie werden sie später wieder angefahren werden, wenn die schönen Reden und die schwungvollen Trinksprüche an feistlichen Tafeln abermals erklingen! Denn die Einsicht des nationalliberalen Leipziger Hais wird nicht einmal so lange reichen, wie der Krieg dauert.

Volksernährung

Herr v. Oldenburg-Januschau über die Volksernährung.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Herr v. Oldenburg-Januschau hat dem Deutschen Landwirtschaftsrat einen Brief geschrieben im Umfang einer kleinen Broschüre. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat diesen Brief, wohl in bestimmter Absicht, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zur Veröffentlichung übergeben. Herr v. Oldenburg erklärt zunächst, daß er keine Lust habe, fernerhin den Vorsitz bei Beratungen zu führen, deren Ergebnis bereits festgestellt ist. Der ganze Boden, auf dem die Lebensmittelerzeugung sich abspielt, sei faul und verderblich für unser Vaterland. Erst müsse man die Produktion fördern, dann erst könne man an das Verteilen gehen. Das Unternehmen, 65 Millionen Menschen gleichmäßig zu versorgen, sei undurchführbar. Herr v. Oldenburg führt dann aus: „Als ich im August 1914 den Vorschlag machte, das zum Verkauf kommende Getreide zu beschlagnahmen, erwiderte mir die maßgebende Stelle: „Ihr alter Fehler, immer zu radikal.“ Und jetzt? Sobald irgend etwas noch lebend sei, stürzt sich eine mit Monopolgewalt ausgestattete Gesellschaft darauf, mietet eine Etage, kauft Klümpchen, läßt sich photographieren, bekommt Gelder von 40000 Mark, und der bewirtschaftete Gegenstand verschwindet vom Markt und ist nur zu Preisen erhältlich, gegen die jeder private Kriegsmacher verlor. Das ganze Reichsernährungsamt halte ich für ebenso verfehlt. Ein Ministerkomitee ist viel geeigneter und besitzt viel geeignete Organe zu dieser Arbeit. . . . Was ist denn nun Großes erreicht? Viele tausende von Tonnen Getreide sind verkauft wegen schlechter Lagerung, Millionen Zentner Kartoffeln sind erfroren und verkauft, große Mengen Fleisch sind verdorben, der Zucker ist verschwunden, das Gemüse mußte aus Holland kommen, während das inländische verfaulte, das Fett und Fleisch ist mit Gewalt ruiniert und kann nicht wieder werden, wenn die Schweinezucht nicht anders behandelt wird als bisher.“

Im weiteren Verlauf seiner scharfen Kritik fordert Herr v. Oldenburg: 1. Schaffung von Rumpfbüro für die Landwirtschaft, 2. Aufhebung der Beschlagnahme und der Höchstpreise für Wild, 3. Aufhebung der Beschlagnahme und Aufhebung der Höchstpreise für Gerste, 4. Aufhebung jeden Verbotes und jeder Einschränkung der Hauschlachtung, 5. Aufhebung der Höchstpreise für Schweine, 6. um Himmelswillen nicht an der Ruhhaltung regeln, 7. man möge aber genau revidieren, wo eigentlich das Weib bleibt, das als die Hunderte von G. m. b. H.s erhalten, die der Staat immerfort errichtet. Bekommt alle diese Millionen der Staat, so ist es eine unerlaubte, weil nicht zweckmäßige und sehr drückende Steuer; bekommt es der Staat nicht, sondern wird damit herumgeworfen, so ist es noch schlimmer. Wenn man dann schließlich noch Stadt und Land mit den ewigen und unnützen Erhebungen verhöhnt, so ist ein Anfang zur Besserung gemacht.

Bei diesen Forderungen des Januschauers mischt sich wieder das allein für die Agrarier Nützliche mit manchem, was auch im Interesse der Verbraucher liegt. Besonders seine 7. Forderung der Rechenschaftslegung der G. m. b. H.s. entspricht den von unserer Seite wiederholt im Reichstage geäußerten Forderungen. Aber nach Oldenburgs Rezept würde die Nahrungsmittelversorgung noch schlechter als jetzt sein. Den Anreiz der Erzeugung durch hohe Preise herbeiführen wollen, bedeutet eine Schraube ohne Ende! Im Gegensatz zu diesen Vorschlägen Oldenburgs müssen wir im Interesse der Verbraucher fordern: Grundsätze, zwangsweise durchgeführte Erhebungen über Vorräte und Ernte; Regelung der Produktion durch staatliche Zwangsvorschriften; Preisfestsetzung nach den Kosten der Produktion unter Ausschaltung jeder Ausnutzung der Notlage des Käufers; Verteilung der Lebensmittel ausschließlich von den Gemeinden, denen durch Reich und Staat die Vorräte zu möglichst niedrigsten Preisen zu überweisen sind. — Daß das Reichsernährungsamt sich durch Erfüllung dieser Forderungen noch größere Abneigung der Januschauer zuziehen würde, ist selbstverständlich. Was es bisher geleistet, ist nicht derart, um die nichtagrarische Bevölkerung zu befriedigen. Und auch die Angriffe des Herrn von Oldenburg beweisen nicht, daß Herr von Batocki bisher die Interessen der Verbraucher genügend geschützt hat!

Der Staatsanwalt gegen widerpenstige Landwirte.

Der bekannte bayerische landwirtschaftliche Sachverständige Dr. Heim hat vor einiger Zeit in der Presse an das Reichsernährungsamt die Frage gerichtet: „Ist es richtig, daß der Reichsfuttermittelsteck, Gerste-Abteilung, 40 ostelbische Großgrundbesitzer namhaft gemacht wurden, die entgegen der vorjährigen Gerstenordnung, 50 Prozent dieser Gerste abzuliefern, gar nichts abgeliefert haben?“ Diese offene Frage Dr. Heims hat, wie die Tägliche Rundschau erfährt, zur Folge gehabt, daß das Reichsernährungsamt die betreffenden Betriebe zur Weiterverfolgung der Staatsanwaltschaft namhaft gemacht hat. — Man darf auf den Ausgang der Sache gespannt sein, insbesondere auch darauf, wer diese 40 ostelbischen Großgrundbesitzer sind, die gesetzliche Vorschriften als für sie nicht verpflichtend einfach ignoriert haben. Die Nachricht erinnert stark an allgemein viel beachtete Ausführungen, die der Kammerherr Elard von Oldenburg-Januschau als Vorsitzender der westpreussischen Landwirtschaftskammer in öffentlicher Sitzung gegen die staatliche Regelung der Ernährung gemacht hat.

Batocki an die Landfrauen

Präsident v. Batocki veröffentlicht in den „Mitteilungen des Reichsernährungsamtes“ einen Mahnruf an die deutschen Landfrauen. Er weist darin auf die ungemein reichliche Ernte dieses Jahres hin und sagt, daß es die Pflicht der Landfrauen sei, nun auch dafür zu sorgen, daß nicht bloß die Millionen Soldaten, die an der Front stehen, sondern auch die Millionen von Männern und Frauen in den Großstädten und in den Bergwerksgebieten ausreichend mit Lebensmitteln versorgt

werden, da auch diese Bevölkerungskreise in neuer Arbeit für den Sieglämpfer. Und sie wollen wie ihr satt werden, um arbeiten zu können. Sie haben wie ihr Kinder, die weinen. Wenn ihnen die Mutter nicht das nötige Essen geben kann, und sie verlieren dadurch ihre Mut und die Kraft zur Arbeit“. Im Anschluß daran kündigt er folgende neue Maßnahmen zur stärkeren Heranziehung der landwirtschaftlichen Steinprodukte für die Städte an:

„Es werden auf meine Veranlassung Einrichtungen getroffen werden, um alles auf dem Lande Entbehrliche, an Butter, Fett, Eiern, Gemüse, Obst usw. aufzukaufen und der Verpflegung des Heeres oder der großstädtischen ärmeren Familien zuzuführen. Mir Zwang läßt sich, wie gesagt, dabei nicht viel erreichen, auch mit immer weiterer Steigerung der Preise nicht, die jetzt schon für viele ärmere Familien unerschwinglich geworden sind. Nur durch vernünftige freiwillige, von vaterländischer Bestimmung getragene Mitarbeit der Landleute kann das Ziel erreicht werden, daß niemand für sich und die Seinigen mehr an Nahrungsmitteln verbraucht, als unbedingt nötig, und daß alles irgend Entbehrliche dem allgemeinen Verbrauch zugeführt wird. Hierbei mir zu helfen, ist meine herzlichste Bitte an alle deutschen Landleute, Landfrauen, Landkinder und ländlichen Dienstleute.“

Man kann nur hoffen, wünscht das Berliner Tageblatt, daß diese mahnenden (und leider aus der Praxis sehr notwendig gewordenen. A. B.) Worte ihren Eindruck auf die Landwirtschaft nicht verfehlen werden.

Die höhere Brotration. Das B. L. Z. teilt mit: Sicherem Vernehmen nach wurde in maßgebenden Kreisen schon seit längerer Zeit mit dem Aufhören der Zufuhr von Lebensmitteln aus Rumänien gerechnet. Bei dem großen Ueberschuß unserer diesjährigen Ernte über die vorjährige wird insbesondere die beabsichtigte Erhöhung der Brotrationen, welche in keiner Weise betroffen.

Kein Getreide mehr zur Schnapsfabrikation! Wie bürgerliche Blätter erfahren, wurde beschlossen, die Verwendung von Getreide zur Herstellung von Branntwein gänzlich einzustellen. Desgleichen ist die Verwendung von Gerste zu Brauwedern trotz der glänzenden Erntenernten auf die Hälfte des früheren Kontingents beschränkt worden. Die Kartoffelspiritusbrennerei soll gleichfalls nur in ganz beschränktem Maße durchgeführt werden, und zwar in der Hauptsache aus dem Grunde, die Schlempe zur Viehfütterung zu erhalten. Die Holzspiritusfabrikation, die zum Verlust in großem Maßstabe beschafft werden soll, wird in diesem Winter noch nicht genügend Spiritus liefern können.

Im vorigen Jahre sind noch 400 000 Zentner Getreide dem Branntweindrennereien überwiesen worden. Die Sozialdemokratie hat dagegen protestiert und erreicht, daß es bei diesem Quantum blieb, denn geplant war, 900 000 Zentner Getreide zur Branntweinfabrikation zu verwenden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte noch in diesen Tagen geschrieben, sie dürfte wohl annehmen, daß die Reichsgetreidebestände diesmal eine noch größere Menge den Kornbranntweindrennereien zur Verfügung stellen würde. Nach der Kriegserklärung Rumäniens an Oesterreich-Ungarn ist aber der Beschluß gekommen, kein Getreide mehr zur Herstellung von Schnaps zu verbrauchen. Auch die Verwendung von Kartoffeln zur Branntweinfabrikation sollte unterbleiben.

Mehr Brot für die Jugendlichen.

Amlich, Berlin, 28. August. Nach dem Ergebnis der vorläufigen Ernteerhebung von Brotgetreide ist das Kuratorium des Reichsgetreideamtes im Einverständnis mit dem Präsidenten des Reichsernährungsamtes in der Lage gewesen, die Arbeiter-Brotzulagen, welche in den beiden letzten Monaten des alten Erntejahres — hauptsächlich wegen des Kartoffelmangels — als Sonderzulagen gewährt waren, nunmehr als dauernde Vermehrung der Brotportionen zuzubilligen, und außerdem allen jugendlichen Personen zwischen 12 und 17 Jahren vom 1. Oktober ab eine Zulage von 50 Gramm Mehl für den Tag zu gewähren.

Ein „wahnsinniges Aufbieten der Pachtpreise“ wird in westfälischen bürgerlichen Zeitungen festgestellt. So vermerkt das „Westf. Volksblatt“ die Tatsache, daß bei Pachgrundstücken das dreifache des früheren Pachtpreises geboten worden ist. Bei dem starken Steigen der Lebensmittelpreise ist das kein Wunder. Wer es sich eben leisten kann, sucht ein landwirtschaftliches Besitztum, und sei es noch so klein, zu pachten, um so für sich durch Selbsterzeugung besser wegzukommen, oder auch um Geschäfte zu machen.

Einführung der Eierkarte bis zum 1. Oktober. Nachdem das Reichsernährungsamt gemäß der Bundesratsverordnung über Eier für das Reichsgebiet eine Reichsverteilungsstelle für Eier errichtet hat, haben jetzt auch die preussischen Minister für Landwirtschaft, Handel und des Innern für den preussischen Staat eine Landesverteilungsstelle errichtet. Alle Stadt- und



Trustfrei Trustfrei

„Unsere Marine“

Zigarette
2 1/2 Pfg.

einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft

Zeichne Kriegsanleihe

und Du hilfst den Krieg verkürzen! Lustlust erteilt bereitwillig die nächste Bank, Sparkasse, Postanstalt, Lebensversicherungsgesellschaft, Kreditgenossenschaft,

Landkreise haben dann den Verkehr und Verbrauch von Eiern in ihrem Bezirk so zu regeln, daß eine bestimmte Höchstverbrauchsmenge von dem einzelnen Verbraucher mit Ausnahme der Selbstversorger nicht überschritten werden kann. Bis auf weiteres darf in keinem Stadt- oder Landkreis der Verbrauchsregelung eine Höchstmenge von mehr als zwei Eiern für den Kopf und die Woche zugrunde gelegt werden. Um die Einhaltung der Höchstverbrauchsmenge zu sichern, haben alle Stadt- und Landkreise bis spätestens zum 1. Oktober die Eierkarte, und zwar entweder in Gestalt einer besonderen Karte oder des Teilschnitts einer anderen Lebensmittelskarte einzuführen. Die Stadt- und Landkreise haben ferner durch Einführung der Kundenlisten, Festlegung von Abgabebezirken oder auf andere Weise die Abgabe von Eiern so zu regeln, daß den Verbrauchern der zulässige Bezug möglichst gleichmäßig geliebert und erleichtert wird.

— Reichsverteilungsstelle für Eier. Nach einer Bekanntmachung des Kriegsernährungsamtes wird für das Reichsgebiet in Ausführung des § 1 Abs. 2 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 in Berlin eine Reichsverteilungsstelle für Eier errichtet.

Ein Bräutli muß da sein.

In einem längeren Artikel erstattet der Präsident des Kriegsernährungsamtes Bericht über die „Drei Monate Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes“. Nach technisch-sachlichen Darlegungen kommt Herr v. Batocki auf die Kritik der Presse zu sprechen und führt dazu u. a. aus:

Tausende von Zuschriften, tausende von Zeitungsartikeln haben Kritik geübt und Kritik geübt, die bei so vermittelten Aufgaben nützlich und anregend und willkommen ist. Und wenn die Kritik auch einmal über das Ziel schoß, wenn der Kritiker ohne genügende Kenntnis der Dinge vorläufig verurteilte, oder wenn er gar einmal dem persönlichen Vergern, daß er selbst nicht genügend mitzureden hat und daß nicht alles nach seinem Kopf geht, etwas zu sehr Raum gibt, „darum keine

Freundschaft nicht“. Das deutsche Volk hat in all dem Schweren, das es durchmacht, bewundernswerte Nervenstärke bewiesen. Ein Ventil muß in solcher Zeit wenigstens da sein, um dem erklärlichen Bedürfnis nach Kritik und Aeußerung von Vergern und Unwillen Raum zu geben.

Wit Recht ist die Ernährungsfrage hierzu bestimmt, als eine jeden einzelnen besonders nahe berührende und dabei verhältnismäßig unpolitische. Schaden kann selbst die lebhafteste Kritik nur, wenn sie die verantwortliche Stelle dazu bringt, selbst die Nerven oder gar den Kopf zu verlieren.

Man kann diesen Ausführungen v. Batockis nur zustimmen.

— 10 000 Mark Geldstrafe für Kriegswucher. Der Großschlachtermeister Frh. Grell war vom Schöffengericht Berlin Mitte zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte an einen Hofschlachtermeister 827 Pfund Rindfleisch für 2160,20 Mark verkauft, also 2,60 Mark für das Pfund Fleisch genommen, das er selbst für 1,15 Mark gekauft hatte. Gegen das Urteil legte Grell Berufung ein. Aber auch das Berufungsgericht sah in dem Handel ganz traffen Kriegswucher, da nach dem Gutachten eines Sachverständigen ein Preis von höchstens 2 Mark für das Pfund durchaus angemessen gewesen wäre. — Herr Grell wird also 10 000 Mark zahlen oder ein Jahr drummen.

— 1000 bis 2000 Prozent Lederabfallgewinn! Von der „Kreuzzeitung“ wurde legthin ein Wucherfall aufgedeckt, in dem Militärleberabfälle je Zentner zu 7,50 Mark gekauft, dann zu 70 Mark und ein zweites Mal zu 170 Mark weiterverkauft waren. Zur Aufklärung über die näheren Umstände hatte sich der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen an eine Reihe Lederabfallfirmen gewandt. Wie man in diesen Kreisen über die enorme Wertvermehrung denkt, die letzten Endes die schuldverschleißenden Verbraucher trifft, geht aus folgendem Antwortschreiben eines Großhändlers, der Kommissar des Königl. Kriegsministeriums, Abt. Kriegsbeute, ist, hervor:

... In den Monaten April bis Juli haben die Preise für derartige (von Bekleidungsämtern im voraus auf drei

bzw. sechs Monate verkaufte dritte Sorte Sohl- oder Leder-) Abfälle auf den Submissionen bei den Aemtern eine Erhöhung von 1000 bis 2000 Prozent erfahren. Ich halte diese Preiserhöhungen für gerechtfertigt, weil (!) die Hersteller von Kriegsschuhen bei den billigen Lederpreisen enorme Gewinne erzielt haben und weil durch die jetzt hohen Preise dem Fiskus durch die Bekleidungsämter mindestens ein Teil dieser Gewinne zufällt.“

Eine derartige Ausnutzung der Kriegslage ist hoffentlich von der Heeresbehörde durch genaue Umsah-, Gewinn- und Vorratsprüfungen aller beteiligten Geschäfte mit rückwirkender Kraft schonungslos geahndet werden.

* Und doch die hohen Heringspreise? Die „Staats-Zeitung“ schreibt: „Starkes Heringsschwärme sind zwischen der Küste Pommerns und Schwedens aufgetaucht. Seit Menschengedenken wurden an der Ostsee Schone nicht so große Mengen Heringe wie im August dieses Jahres gefangen. Die Fische sind fein und fett und erzielen hohe Preise. Man muß bis ins Mittelalter zurückgehen, wenn man von großen Heringsschwärmen an den Küsten Pommerns und Schone spricht. Damals war dort die reichsten Fischgründe des Nordens. Es ist kein Weges ausgeschlossen, daß der Hering nach Jahrhunderten alten Leich- und Fangplätze wieder bevölkert. Die norwegischen Fischer betonen, es sei notwendig, dieses Auftauchen großer Heringzüge in der Ostsee zu beachten und zu verfolgen, denn ein reicher Ostseefang beeinflusse stark den Absatz und die Preisbildung für norwegische Fische.“

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i.

Deutsche Kriegsausstellung

Danzig 1916

in der neuen Reithalle, Große Allee

unter dem Ehrenvorsitz Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Frau Kronprinzessin

zum Besten des Roten Kreuzes, der Kriegshilfe

und des

Verwaltungs-Ausschusses für Kriegs-Invaliden

der Provinz Westpreußen

Eröffnung am Sonnabend, den 9. September.

Taglich von 9 bis 6 1/2 Uhr.

Die Ausstellung bietet einen umfangreichen und interessanten Überblick der Waffen und Ausrüstung unserer Feinde und ferner folgende Sonderabteilungen:

Englische Abl. Oesterr.-ungar. Abl.
Französische Abl. Türkische Abl.
Russische Abl. Bulgarische Abl.
Belgische Abl. Oesterr.-ungar. Kriegsfürsorge

Deutsche Ausstellung:

Marine-Abteilung Kolonial-Abteilung
Arbeiten der Kriegs-Ausstellung Gas Ober-
gefangenen kommando Ost
Metall-Ausstellung Ordens-Ausstellung

Kriegskino

Die Darstellung von allen Kriegsschauplätzen
Papierwissenschaftliche Vorträge.

Ausgebaute Feldstellung.

Tageskarten 50 Pfg. Soldaten 25 Pfg.

Bevorzugt berechnen zum frühen Eintritt der Ausstellung
Kriegskino, Vorträge und Feldstellung Mk. 3,00 Eintritt-
karten zum Kriegskino 30 Pfg. zu dem Vorträge 50 Pfg.
Tageskarte mit Eintritt zu einer Vortrag 25 Pfg. Beside-
gung der Feldstellung 10 Pfg.

Bevorzugt vergünstigungen: Bei Lösung einer Tageskarte in
den elektrischen Straßenbahnen mit Fahrkarte von
Danzig oder Langfuhr zur Ausstellung und zurück 70 Pfg.

Für ausreichende Verpflegung im
Ausstellungsrestaurant ist gesorgt.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Montag den 11. September, abends 8 Uhr

im Saale der Witwe Steppuhn-Schidlig:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tagungsordnung:

1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.
2. Stellungnahme zur Reichsfinanzierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bericht eines Delegierten.
3. Das Parteiprogramm in Bezug auf die gegenwärtigen Verhältnisse.
4. Über Mitgliedschaft kein Bericht.

Der Vorstand, J. K. Sellin.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Eröffnung der Spielzeit 1916-17

Sonnabend den 16. September 1916.

„Vasantasena“

Ein Schauspiel in drei Akten (sieben Bildern).
Nach dem Indischen des Königs Sudraka von Lion Feuchtwanger.

In Szene gesetzt von Direktor Rudolf Schaper.

Die Theaterkasse ist von Donnerstag den 14. September ab täglich von 10—2 Uhr für den Vorverkauf geöffnet.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Sammlung der „Volkspende für die Deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“, die während der Tage vom 1. bis 7. Juli d. J. in unserem Vaterlande stattgefunden hat und im hiesigen Stadtbezirk durch den unterzeichneten Ortsausschuß in die Wege geleitet wurde, sind an uns von den Sammelstellen der

Staats- und Kommunalbehörden	1552,01 Mark
Kirchen- und Synagogengemeinden	1991,85
Schulen	6651,40
Berufen und Rgl. Fabrikbetriebe	7898,75
Raufmannschaft, Innungen und Gewerbe- treibenden	17766,78

zusammen 35828,79 Mark

abgeführt worden.

Gleichzeitig im Namen des Haupt-Arbeitsausschusses der Volks-
pende zu Berlin sprechen wir hiermit allen Gebern wie allen Helfern
und Helferinnen für ihre so erziehlige Mitarbeit unseren herzlichsten
Dank aus.

Danzig den 2. September 1916

Der Ortsausschuß für die Stadt Danzig.

Wessel, Polizeipräsident

Korrespondent.

1332

Echt
geraut, rein.
gelagerten
Schnupftabak
offen
riecht
Julius Gosda, Kohltabakgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik,
Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2, Priesterstraße 5, Fernspr. 2428

Trauer-

Hüte
in
reiner
Korweid.

Brillen
Handschuhe
zu billigen
Preisen.

**Julius
Goldstein**

Lowendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

APOLLO-THEATER

III. Damm Nr. 3

Spielplan vom 9. bis 12. September 1916

Fürstenliebe

Drama aus dem Leben
einer Prinzessin in 3 Akten

Der Autofeind

Humoreske

Hungrige Hunde

Artistendrama in 2 Akten

Purzel als Ehemann

Posse

Die lustigen Schlachterfrauen

Lustspiel in 2 Akten

Diverse hübsche Einslagen

Sonnabend um 4 Uhr und Sonntag um 3 Uhr: Grosse
Jugendvorstellung: **Aschenbrödel**, Märchen in 3 Akten
und vieles andere. 1307

Zentralverband der Zimmerer - Zahlstelle Danzig.

Am 17. September d. J. findet im Lokale der Frau
Steppuhn-Schidlig unter

25jähriges Stiftungsfest

der Zahlstelle Danzig statt, wozu wir alle Mitglieder, sowie
deren Frauen und Freunde unserer Organisation freundlichst
einladen.

Der Vorstand,
J. A. C. Engelhardt.

3291

Der wahre Jakob

pro Nummer 10 Pfennige

Buchhandl. Volkswacht.

Näh-Nähle „Jumel“ 355

D. R. G. M. - Patent.

Eckere u. ungar. Pat. angem.

Jederartig Reparatur-
arbeiten: Sie näht
Steyptische wie
eine Nähmaschine.
Größe Erfindung,
um Seiden, Felle,
Seewand etc. mit
der Hand zu nähen.
Zum Reparieren von
Schuhen, weichen,
Stühlen, Segeln,
Kissen etc. Preis
b. St. aus Metall
mit 8 verstellbaren
Nadeln und Nadeln
Mk. 3.50

unter Recht. Errio u. Verpod. Jed.
Ebenso viele Reparaturen.
Jumel ist unübertreffl. Original-
fabrikant aus Berlin. Man hüte
sich vor wertlosen Nachahmungen.
General-Vertrieb

G. Schmid, München 257

Schwanthalerstr. 73.

3291

Louis Mosberg

Bielefeld 3

Spezialfabrik

für Berufskleidung

Wo in Dir- und Westpreußen
keine Verkaufsstellen, dahin
direkter Versand. Verlangen
Sie meine Preisliste gratis
und frei. Ihren Bestellungen
müssen Sie bitte Bezugs-
schein beifügen. Ohne Be-
zugschein liefere: Hosen über
18,00, Jackettes über 32,00.

3291

Karbid-Lampe

Karbid- und Taschenlampen,
Sprechmaschinen, Schall-
platten, Nähmaschinen,
und rückwärtssehend,
A. Hein, Breiteng.

113.

Gelesene Nummern der Volkswacht werfe man
achlos fort, sondern lasse sie
noch Lesenden zukommen.